

2018-04-13

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 06.12.2017

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:08 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Freie Fraktion Dessau-Roßlau

Hernig, Andreas entschuldigt

Mitglied der AfD

Mrosek, Andreas entschuldigt

Fraktion der CDU

Glathe, Otto entschuldigt

Schwabe, Jörg entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Stabbert-Kühl, Sabine entschuldigt

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas entschuldigt

Präger, Thomas entschuldigt

Mitglied der NPD

Grey, Thomas entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, eröffnete die 29. Sitzung des Stadtrates mit gedenkenden Worten zum Tode von Herrn Johannes Felsenstein:

„Das Anhaltische Theater Dessau und die Stadt Dessau-Roßlau trauern um ihren ehemaligen, langjährigen Generalintendanten Johannes Felsenstein, der am 30. Oktober 2017 nach schwerer Krankheit im Alter von 73 Jahren in der Nähe von Berlin verstorben ist. Als Musiktheater-Regisseur, insbesondere in den 18 Jahren seines Wirkens als Generalintendant in Dessau, prägte er die Ästhetik des Theaters nachhaltig. Mit dem Antritt Johannes Felsensteins als Generalintendant des damaligen Landestheaters Dessau im Jahr 1991 begann die äußerst erfolgreiche Entwicklung des Dessauer Theaters nach der Wende. Als Generalintendant, insbesondere aber als Leiter des Musiktheaters, schärfte er das künstlerisch unverwechselbare Profil des Dessauer Theaters, das weit über die Grenzen Dessau-Roßlaus und der Region hinaus strahlte. Seine Inszenierungen setzten Maßstäbe, die bei Publikum und Fachwelt große Anerkennung fanden und die das Anhaltische Theater bis heute prägen. In Dessau inszenierte er 38 Musiktheater-Werke, die den Mitarbeitern des Theaters wie den Zuschauern in lebendiger Erinnerung sind. Die Musiktheatertage an der Mulde, sein Verdi-Schiller-Zyklus, die eindrucksvollen Mozart- und damals lang ersehnten Wagner-Inszenierungen lockten zahlreiche Besucher auch aus Berlin und der weiteren Umgebung an. Durch nationale und internationale Gastspiele – unvergessen die Japan-Tournee mit „Salome“ von Richard Strauß und dem „Fliegenden Holländer“ von Richard Wagner, die dort im Jahr 2001 fast 20.000 Zuschauer begeisterten – wie durch sein langjähriges erfolgreiches Wirken in Dessau steht sein Name bis heute für ein wahrhaftiges und werkerechtes Musiktheater. Das Theater, so war es Felsensteins Anspruch, sollte dem Menschen „die Erkenntnisse seiner eigenen Sehnsüchte“ ermöglichen und dabei „immer wieder neue Gefühle im Herzen und in der Seele wecken.“ Diesem Credo blieb er in seinen Inszenierungen mit großer Verantwortung dem Publikum gegenüber treu.“

Es wurde eine Gedenkminute eingelegt und auf das ausliegende Kondolenzbuch verwiesen.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 40 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Kuras zog die unter dem Tagesordnungspunkt 7.1 eingeordnete BV417/201- Bürgerbefragung zur Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau zurück.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab die schriftlich eingereichten Änderungsanträge der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen einzeln bekannt und bat die Verwaltung um Stellungnahme.

1. TOP 7.16 und TOP 7.17 sollen nach dem TOP 7.4 behandelt werden, da ein sachlicher Zusammenhang besteht.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärte, dass kein direkter sachlicher Zusammenhang besteht.

Der **Antrag** wurde mehrheitlich **abgelehnt** (08:10:22).

2. TOP 7.15 soll nach dem TOP 7.10 behandelt werden, da ein sachlicher Zusammenhang besteht.

Nachdem sich **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, für den Antrag aussprach, wurde dieser mehrheitlich **angenommen** (39:00:01).

3. TOP 7.13 und TOP 7.14 sollen getauscht werden, da letzterer der weitergehende Antrag ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras sprach sich gegen den Tausch aus.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bat dem Tausch der Tagesordnungspunkte zuzustimmen, da der zweite Antrag weitergehend ist.

Diese Praxis betrifft nur Änderungsanträge, nicht die eigentlichen Anträge, erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Er sprach sich dafür aus, nicht mit dem weitergehenden Beschluss zu beginnen.

Der **Antrag** wurde mehrheitlich **abgelehnt** (12:26:02).

4. TOP 7.23 und TOP 7.24 sollen getauscht werden, da der Erschließungsvertrag einen vorherigen Satzungsbeschluss voraussetzt.

In Vertretung der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Schlonski, erklärte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, dass die Verwaltung mit einem Tausch nicht einverstanden ist, da der Erschließungsvertrag als Voraussetzung für die danach folgende Abwägung benötigt wird.

Die Fraktion hat das so gesehen, dass nicht einem Vertrag zugestimmt werden kann, wenn man mit der Abwägung evtl. zu einem anderen Ergebnis kommt, legte **Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, dar.

Der Vertrag ist damit nicht automatisch geschlossen, sondern der Stadtrat gibt das Votum, dass der Vertrag in dieser Form geschlossen werden kann, erwiderte **Herr Meister**. Natürlich wird noch der Abwägungsbeschluss benötigt, um das am Ende vertraglich vollziehen zu können. Es wird zunächst die Zustimmung für den Erschließungsvertrag benötigt und damit besteht eine Abwägungsgrundlage für den dann folgenden Beschluss. So wurde das auch bisher gehandhabt.

Die **Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen** zog den **Antrag** auf Tausch der Tagesordnungspunkte **zurück**.

Mit dem angenommenen **Antrag, den Tagesordnungspunkt 7.15 nach dem Tagesordnungspunkt 7.10 zu behandeln** wurde der Tagesordnung **zugestimmt** (39:01:00).

Aufgrund des Hinweises von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, dass einige Stadträte keinen Zugriff mehr auf die Stadtratsunterlagen haben und damit nicht arbeitsfähig sind, merkte **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, an, dass das vorhandene Netz dieses große Datenvolumen nicht verträgt. Die Unterlagen können aber, wo es notwendig ist, sofort mit einem Stick überspielt werden.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 06.09.2017 und 18.10.2017

Bezüglich der Niederschrift vom 06.09.2017 bat **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, um Korrektur der Soll-Zahl von 51 in 50 und der Ist-Zahl von 45 in 44 und erklärte, dass die Zahlen aufgrund technischer Probleme zustande gekommen sind, was auch für die nachfolgende Niederschrift zutrifft.

Die Niederschrift wurde mit der Änderung der Soll- und Ist-Zahl **genehmigt** (37:00:03).

Mit der Korrektur der Soll-Zahl von 51 in 50 wurde die Niederschrift vom 18.10.2017 **genehmigt** (38:00:02).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßte und beglückwünschte zunächst die vor kurzem mit dem „Bundesverdienstkreuz am Bande“ geehrten, Frau Ingeborg Arnold, Frau Angelika Storz und Herrn Prof. Dr. Udo Rebmann.

Frau Arnold dankte er für ihren herausragenden ehrenamtlichen Einsatz für die Kulturlandschaft unserer Doppelstadt. Sie engagiert sich nicht nur für das Anhaltische Theater, sondern ist auch in der Anhaltischen Goethe-Gesellschaft und im SPD-Kreisverband Dessau aktiv. Der Ministerpräsident beschrieb Sie in seiner Laudatio Anfang November wie folgt: „Ingeborg Arnold gehört zu den Menschen, die nicht auf der großen Bühne stehen, ohne die aber weder Theater noch Kultur gelingen können.“ Dafür gebührt ihr unser herzlicher Dank.

Frau Storz ist als zweite stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums nicht nur eine geschätzte Kollegin im Stadtrat, sondern hat sich insbesondere im kulturellen Engagement für unsere Stadt verdient gemacht. Von 1993 bis 2016 war Sie Vorsitzende der Dessauer Moses Mendelsohn Gesellschaft. Seither widmet sich die Gesellschaft der Förderung und Koordinierung der wissenschaftlichen Erforschung und der Bildungsarbeit zur jüdischen Gemeinde. Nicht unerwähnt sein sollte ihr Engagement in zwei in Dessau ansässigen Stiftungen, die vor allem dank des Einsatzes von Frau Storz gegründet bzw. wiedergegründet werden konnten. Das ist die Dessauer Moses Mendelsohn Stiftung zur Förderung der Geisteswissenschaften. Hier war Frau Storz bis zum 30.06.2016 Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung. Zugleich war sie Vorsitzende der am 1. November 2012 gegründeten Stiftung der Moses Mendelsohn Gesellschaft. Dafür dankte er herzlich.

Als „Arzt mit Leidenschaft“ wurde **Herr Prof. Dr. Rebmann** in der Mitteldeutschen Zeitung beschrieben. Herr Oberbürgermeister Kuras sprach den Dank für seine außerordentlichen Verdienste um die qualifizierte Weiterbildung des ärztlichen Nachwuchses aus. Er ist Gründer des Urologisch-Onkologischen Arbeitskreises Sachsen-Anhalt e.V. und Förderer zahlreicher Selbsthilfegruppen. Er ist weit über die Stadtgrenzen hinaus anerkannt und in bundesweit erscheinenden Nachrichtenmagazinen in Rankings erfolgreich. Er gehört zu den TOP 10 der Ärzte in der Urologie und ist dem Wohle des Patienten in besonderer Weise verpflichtet. Dieses Wohl steht bei Herrn Prof. Dr. Rebmann an erster Stelle. Für sein Engagement sprach Herr Oberbürgermeister Kuras im Namen der Stadt seinen herzlichen Dank aus. Er ist stolz darauf, einen solchen Arzt in unserer Stadt zu wissen.

Den Geehrten wurde ein Blumenstrauß überreicht.

Herr Oberbürgermeister Kuras begann seinen Bericht mit einem kurzen Rückblick

Der **Minister für Landesentwicklung und Verkehr, Herr Thomas Webel**, übergab bei einem Treffen im Rathaus mehrere Fördermittelbescheide aus dem Förderprogramm Stadtumbau. Gefördert werden nun u.a. die Ertüchtigung der Ferdinand-von-Schill- und der Johannisstraße sowie die Sanierung der wissenschaftlichen Bibliothek. Aber auch der Abriss des Südflügels der ehemaligen Berufsschule in der Schloßstraße wird gefördert, was besonders erfreulich ist, da es eine Reihe potentieller Investoren gibt. Die Chancen, dass dort etwas Neues entsteht, sind gut. Auf dem Weg zum Bauhausjubiläum sind das äußerst erfreuliche Nachrichten. Dafür gebührt Herrn Minister Webel und dem Land Sachsen-Anhalt unser ausdrücklicher Dank.

Herr Minister Webel übergab auch einen positiven Bescheid zur **Förderung der Elektromobilität** in unserer Stadt. Gemeinsam mit den Stadtwerken Dessau und der NASA GmbH soll der Einsatz von Elektrobussen im Stadtgebiet getestet werden. Damit wird die erste Elektrobuslinie des Landes in unserer Stadt starten. Ziel ist es nun, die ersten Elektrobusse anlässlich des Bauhausjubiläums im Jahr 2019 einzusetzen.

Ebenfalls zu Gast im Rathaus war **Herr Staatsminister Rainer Robra** mit einem weiteren Fördermittelbescheid. Insgesamt wurden uns 2,2 Millionen Euro im Namen des Landes zur weiteren **Sanierung der Anhaltischen Gemäldegalerie** überreicht. Damit können wir unseren weiteren Zeitplan verfolgen, der eine vollständige Sanierung des Georgiums bis Ende 2019 vorsieht.

Auch der **Ministerpräsident Dr. Haseloff** besuchte uns am 8. November persönlich. Auf dem Programm standen zwei Firmenbesuche; zum einen die Trennwand Group Dessau GmbH sowie das Logistikunternehmen Gress und Zapp. Vorausgegangen war den Betriebsbesuchen ein erfolgreiches Arbeitsgespräch im Industriehafen Roßlau. Themen hier waren u. a. die Ortumgehung der B184 und die künftige Koordination von Bauprojekten der Bahn. Zwischen der Stadt und der DB AG sind dringende Abstimmungen zur Ertüchtigung der Eisenbahnbrücke in Meinsdorf, zur Ertüchtigung

der Streetzer Brücke und zum Bau der Zerbster Brücke notwendig, da nicht alle drei Übergänge zur gleichen Zeit geschlossen werden können.

Die Stadt Dessau-Roßlau profitiert mit dem **Fahrplanwechsel der Deutschen Bahn** ab dem 11. Dezember in besonderer Weise. Der Hauptbahnhof in München ist dann von Dessau aus mehrmals täglich in unter 4 Stunden erreichbar und das mit nur einem Umstieg in Halle oder Bitterfeld.

Eine gute Erreichbarkeit macht unsere Stadt damit auch zunehmend als Kongress- und Schulungsstandort attraktiv. Am vergangenen Donnerstag hat Herr Oberbürgermeister Kuras in Göttingen dafür geworben, einen großen überregionalen Umweltkongress nach Dessau-Roßlau zu holen, nämlich den **Netzwerk21-Kongress**. Dieser wird von der GRÜNEN LIGA Berlin veranstaltet. Große Unterstützung gibt es vom Umweltbundesamt. Mitte Januar wird ein erster Workshop stattfinden, der diesen Kongress im Oktober vorbereiten soll.

Es kann also viel Positives aus unserer Stadt berichtet werden. Diesen Eindruck teilt auch der Geschäftsführer der Metropolregion Mitteldeutschland, Herr Tobaben. Am 23. Oktober war er neben 80 Unternehmern aus der Region sowie Vertretern aus der Landespolitik zu Gast bei unserem **3. Dessauer Wirtschaftsforum**, an dem auch das **gesamtwirtschaftliche Zukunftskonzept** vorgestellt wurde. Herr Tobaben sieht in Dessau-Roßlau keine schlechten Rahmenbedingungen und keine Fehler in der Wirtschaftspolitik, sondern sieht als eigentliches Kernproblem das Image der Stadt, an dem dringend gearbeitet werden muss.

Nicht passender hätte daher der Start der **Image-Kampagne der Stadtmarketinggesellschaft** am 20. Oktober sein können. Gropius, Luise und Tante Ju sollen neugierig machen und zeigen, welche Größen hinter unserer Stadt stecken. Aber auch die Schifferstadt findet Berücksichtigung und kann somit selbstbewusst vermarktet werden.

Dies hat auch einmal mehr deutlich gemacht, dass nicht unbedingt der **amtliche Stadtname** geändert werden muss, um Dessau-Roßlau erfolgreich zu vermarkten. Er versteht auch das Bestreben einiger Wirtschaftsvertreter und Stadträte, aber die Informationsveranstaltungen am 19. Oktober in Roßlau und am 24. Oktober in Dessau haben gezeigt, dass ein Großteil der anwesenden Bürgerinnen und Bürger eine Umbenennung der Stadt ablehnt. Deshalb sollte der begonnene Weg fortgesetzt und sich auf das Bauhausjubiläum 2019 konzentriert werden. Bei einer Tagung des Wirtschaftsbeirates bestand die Gelegenheit zur Erneuerung des Angebotes, dass die interessierten Wirtschaftsvertreter in einen zu gründenden und schon lange geplanten Marketingbeirat der Stadtmarketinggesellschaft eintreten, um ihre Ziele weiter verfolgen zu können.

Auch die Festveranstaltung in Bernau **zur Erweiterung der UNESCO Welterbestätten** durch die Laubenganghäuser am 17. November hat gezeigt, wie viel Bauhaus in Dessau steckt.

Am 2. Dezember wurde der **Bauhausgeburtstag** gefeiert. Es war eine Ehre, dass der Enkel des ehemaligen Oberbürgermeisters Fritz Hesse gekommen war und dem Bauhaus ein besonderes Geschenk gemacht hat: Ein Dankschreiben der Bauhäusler

an den einstigen Oberbürgermeister, der das Bauhaus nach Dessau holte. Originalunterschriften aller berühmten Bauhausmeister auf Papier, was auch Teil einer Ausstellung sein wird, wenn das neue Bauhausmuseum fertiggestellt ist.

Wir sind auf einem guten Weg, was auch am 17. November deutlich wurde als die IDT Biologika, vertreten durch den neuen Geschäftsführer, Herrn Andreas Kastenbauer, das **Grundstück der ehemaligen Schade-Brauerei** offiziell übernommen hat. In die Entwicklung der Innenstadt ist einige Bewegung gekommen.

Viel Bewegung herrscht momentan auch auf dem **Weihnachtsmarkt** in der Zerbster Straße. Noch bis zum 23. Dezember besteht die Gelegenheit, die Weihnachtszeit bei Glühwein und guter Unterhaltung zu genießen.

Viele der Stadträtinnen und Stadträte waren auch bei der **Verleihung des Sachsenbergpreises** am 24. November im Rathaus Roßlau dabei, als Herr Dieter Herrmann für sein großartiges Engagement für die Stadt Roßlau und besonders für den Schifferverein ausgezeichnet wurde. Der Ortschaftsrat Roßlau, Frau Ortsbürgermeisterin Müller, hatte wieder in gewohnt hochwertiger Art die Auszeichnung vorbereitet und eine würdevolle Veranstaltung durchgeführt.

Ebenfalls viele Stadträte wurden beim **Pogromgedenken** am 9. November und beim **Volkstrauertag** am 19. November gesehen. Das sind für die Gedenkkultur in unserer Stadt zwei unverzichtbare Termine. Er dankte für die Anteilnahme.

Herr Oberbürgermeister Kuras empfahl die noch bis zum 7. Januar in der Orangerie und im Fremdenhaus am Schloss Georgium zu besichtigende Ausstellung: **Hendrick Goltzius** – Mythos, Macht und Menschlichkeit. Eine Ausstellung auf einem Level vergleichbar mit New York, Amsterdam und Berlin, so schrieb es die Mitteldeutsche Zeitung im November.

Abschließend stellte Herr Oberbürgermeister Kuras den anwesenden neuen **Tierparkleiter**, Herrn Jan Bauer, der seit letztem Freitag seine Arbeit im Dessauer Tierpark aufgenommen hat, vor und hieß ihn noch einmal herzlich Willkommen.

Aktueller Arbeitsstand

Ersatzneubau Südschwimmhalle: Die Restarbeiten an der Fassade bzw. dem Dach sind fast abgeschlossen. Im großen Edelstahlbecken wurde der Boden eingeschweißt. Der Innenausbau sowie die Arbeiten der technischen Gewerke und die Arbeiten in den Außenanlagen laufen. Die Mittelabforderung für 2017 in Höhe von 2,5 Mio. € wurde zum Berichtszeitpunkt beim Landesverwaltungsamt eingereicht. Eine weitere Mittelabforderung erfolgt Anfang 2018.

Schadebrauerei: Am 17.11.2017 fand die offizielle Übergabe des berühmten Grundstückes an die „IDT Biologika“ statt. Die vereinbarten Baumaßnahmen auf dem Gelände wurden bis zu diesem Zeitpunkt fertiggestellt. Damit ist die Arbeit der Stadt vorerst erledigt. Es liegt nun in der Hand der IDT, das Sanierungsvorhaben mit weiteren Partnern umzusetzen. Es ist nach wie vor ein Glücksfall, dass wir mit der IDT einen Investor gefunden haben, der in absehbarer Zeit eine innerstädtische Brache beleben wird und damit ein wichtiges Industriedenkmal erhält. Herr Oberbürgermeis-

ter Kuras dankte der IDT und allen, die zum Gelingen dieses Projektes beigetragen haben.

Ersatzneubau Muldebrücke: Seit Oktober erfolgt die Böschungsgestaltung. Freitreppen und Wasserbaupflaster wurden eingebaut. Der Rückbau der Baustelleneinrichtung ist erfolgt. Mit den notwendigen Begrünungsmaßnahmen und Ersatzpflanzungen wurde ebenfalls im Oktober begonnen. Die Pflanzarbeiten sollen bis zum Jahresende abgeschlossen werden.

Weitere Meldungen liegen aus folgenden Bereichen vor:

Aus dem Kulturamt

Am 30.11.2017 wurde die Anhaltische Landesbücherei in der Zerbster Straße nach den Renovierungsarbeiten und der Neuausstattung wieder eröffnet. Der Lesesaal im 1. OG wurde renoviert und komplett neu möbliert. Die Neugestaltung stieß auf eine positive Resonanz.

90 Jahre Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Dessau waren Anlass für eine Festveranstaltung am 12. November 2017 im Naturkundemuseum.

Mit der Anmerkung, dass er Herrn Bauer als neuen Tierparkleiter bereits begrüßt hat, sprach Herr Oberbürgermeister Kuras dem gesamten Team im Tierpark und insbesondere der Obertierpflegerin Frau Marion Schüler für ihr besonderes Engagement während der langen Vertretungszeit seinen Dank aus. In der Nachbarschaft des Tierparkes ist am Mausoleum die Jugendbauhütte engagiert gestartet. Die drei Jugendlichen sind derzeit damit beschäftigt, den Brunnen vor dem Mausoleum, einschließlich des Weges zum Mausoleum, wieder betriebsbereit zu machen. Ziel ist es, den Brunnen im Frühjahr wieder in Betrieb zu nehmen. Er dankte dem Förderverein Mausoleum für sein großartiges Engagement.

Aus dem Referat für Sportförderung:

Ein toller Abend mit gut gefüllten Zuschauerplätzen war die Dessauer Boxnacht, die er am vergangenen Samstag mit dem Beigeordneten Herrn Dr. Reck besucht hat.

Die „Gymmotion“-Tour am 1. Dezember in der Anhalt Arena bildete die Auftaktveranstaltung des Dessau-Roßlauer Sportwinters.

Am 28. Dezember werden wieder zahlreiche ehemalige Fußballprofis beim Heise Masters, dem Hallenfußballturnier für Traditionsmannschaften, in der Anhalt Arena zu sehen sein.

Das internationale Hallenfußballturnier um den „FORD-Cup“ am 14. Januar - mit mehreren Teams aus der Region und dem dänischen Club Braband IF - wird die erste Veranstaltung des neuen Jahres sein. Nur eine Woche später, am 21. Januar, findet das internationale Handballturnier statt. Auch diesmal sind mit den Teams aus Magdeburg, Berlin und Leipzig die besten Handballmannschaften aus dem Osten am Start. Den Abschluss des Sportwinters bildet am 27. und 28. Januar der „Allianz-Cup“, das internationale Hallenfußballturnier der U 11-Junioren mit fast allen Teams der Fußball-Bundesliga. Hier zeigen die Stars von übermorgen ihr Können.

Aus dem Jugendamt

Mit dem Inkrafttreten der Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01. Juli 2017 wurden insgesamt 684 Anträge auf Unterhaltsvorschussleistungen nach neuer Gesetzgebung gestellt. Damit hat sich die Zahl der Bezieher von Unterhaltsvorschussleistungen auf 1.407 erhöht, das ist eine Steigerung von rund 95%. Das Jugendamt konnte derzeit ca. 72% der gestellten Anträge abschließend bearbeiten, was eine lobenswerte Quote ist.

Hervorgehoben wurde die „Woche der Familie“, mit der erstmals die Stadt vom 19. bis 23. September die Dessauer-Roßlauer Familien in den Mittelpunkt gestellt wurden und ihnen in fünf verschiedenen Veranstaltungen eine Menge Wissenswertes mit auf den Weg gegeben wurde. Die Veranstaltungsreihe war ein guter Auftakt und soll nun zur Tradition werden.

Aus dem Amt für Bildung und Schulentwicklung

Im Oktober haben die Wahlen des Sprechers für den Stadtschülerrat und des neuen Vorstandes des Stadtelterrates stattgefunden. Zum Vorsitzenden Sprecher des Stadtschülerrates wurde Herr Marek Boeck aus der Ganztagschule Zoberberg gewählt. Neuer Vorsitzender des Stadtelterrates ist Herr René Schönau (Sekundarschule „Friedensschule“).

Aus dem kommunalen Bildungsbüro

Der Bereich Frühe Bildung hat Ende Oktober zwei Zuwendungsbescheide vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend mit einem Gesamtvolumen von 600.000,- Euro erhalten. Damit können in den nächsten drei Jahren unterschiedliche Angebote im Bereich der frühen Bildung für unsere Familien angeboten werden; zum Beispiel Integrationsarbeit oder der Aufbau eines zentralen Anlaufpunktes im innerstädtischen Bereich.

Bauhausjubiläum 2019:

Der vorbereitende Workshop für das Projekt „Passagen“, das im Jubiläumsjahr 2019 die Wegeführung vom Bauhaus, über den Bahnhof hin zum neuen Bauhausmuseum gestalten soll, hat in der Stiftung Bauhaus Dessau unter der Leitung von Elisabeth Kremer erfolgreich stattgefunden.

Die beteiligten Studenten der Hochschulen werden im aktuellen Wintersemester Installationen und Interaktionen für die Wegeführung erarbeiten. Anfang kommenden Jahres werden per Jury-Entscheid, unter Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau, die Siegerentwürfe prämiert und für die Umsetzung vorbereitet.

Die beim Land gestellten Fördermittelanträge für das Jubiläumsprogramm 100 Jahre Bauhaus stehen kurz vor dem Bescheid. Die Staatskanzlei wird über die Bewilligung noch in diesem Jahr entscheiden.

Sonstiges:

Am 27. Dezember lädt die Stadtmarketinggesellschaft zum ersten Mal alle Rückkehrwilligen und Heimatliebenden zum sogenannten **Rückkehrtag** ein. Wer sich von der Offerte angesprochen fühlt, kann sich in vorweihnachtlicher Freude bereits über konkrete Jobangebote im Internet informieren: www.karriere-in-dessau.de. Rund 20 Unternehmen sind bei der Premiere im Golf-Park dabei.

Und wer selbst ein Familienmitglied anlocken möchte, kann eine passende Postkarte verschicken, die es in der Tourist-Information gibt.

Während des Tagesordnungspunktes erschien Herr Krüger, Fraktion Die Linke, zur Sitzung.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 18.10.2017 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

René Meier, Zerbster Straße 32, 06844 Dessau-Roßlau, gab an, dass seine große Tochter die Schule für Körperbehinderte in Dessau besucht. Er selbst war am 17.11.2017 bei einer Besprechung anwesend, an der mehrere Stadträte und Stadträtinnen sowie Dezernenten anwesend waren. Die Beseitigung der Gefahrenstellen auf dem Schulhof und die Ausführung von Malerarbeiten wurden als kurzfristige Maßnahmen zugesagt. Die Maßnahme im Außenbereich ist beendet. Am 04.12.2017 haben auch die Malerarbeiten begonnen. Dies erfreue die Eltern und Kinder sehr, da die Kinder erleben, dass auch an sie gedacht wird. Alle damals anwesenden Stadträte haben aber auch gesehen, dass es damit nicht getan ist, sondern die Schule grundlegend saniert bzw. möglicherweise ein Neubau errichtet werden muss. Daher bat er im Namen der Elternschaft, dies nicht zu vergessen oder aus den Augen zu lassen und sich für die Schüler einzusetzen. Die Kinder brauchen diese Schule, es ist ihr Lebensmittelpunkt. Etwas für diese Schule zu tun, sei auch Werbung für die Stadt. Herr Meier erinnerte an die Stadt Halle (Saale), die in den nächsten fünf Jahren 250 Mio. Euro in den Neubau und die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten investieren will. Um nicht den Anschluss zu verlieren, müsse Dessau-Roßlau auch für körperbehinderte Kinder etwas tun, sodass die Stadt weiterhin Oberzentrum bleibt und möglicherweise neue Einwohner anlockt. Er bat um Nachsicht, keine Frage gestellt zu haben, es stelle eine Erinnerung bzw. Mahnung dar.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm bekräftigte, dass die Schule nicht vergessen werde.

Marek Boeck, Grauer Steinhau 73, 06847 Dessau-Roßlau, Schülersprecher der Ganztagschule Zoberberg und Stadtschülersprecher, verwies auf das 2012 getätigte Versprechen des Oberbürgermeisters a. D. Koschig, den Sportplatz, Schulhof sowie die Turnhalle der Ganztagschule nach Plänen der Vorstellungen der Schüler zu renovieren. In der Schülerratssitzung erinnerten sich Zehntklässler an diese Aussage, die in der fünften Klasse besprochen wurde. Er fragte, ob das Versprechen noch eingelöst wird.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, gab an, diese Aussagen nicht zu kennen, da es vor seiner Amtszeit war. Daher bat er Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, um Beantwortung. Die Sporthalle der Ganztagschule Zoberberg bzw. der jetzigen Gemeinschaftsschule wurde im Rahmen des STARK III-Programms beantragt, so **Frau Wendeborn**. Die

Außenanlagen und der Sportplatz stehen ebenfalls, allerdings nicht zeitnah, zur Umsetzung im Haushaltsplan.

Die Frage des **Herrn Stadtratsvorsitzenden Ehm**, ob er mit der Antwort zunächst zufrieden ist, bejahte **Herr Boeck**.

Martin Wilke, Hermann-Heller-Straße 5, 06849 Dessau-Roßlau, schilderte, monatelang versucht zu haben, einen Termin beim Oberbürgermeister zu erhalten, um Erfahrungen über die Arbeitsweise des Bauordnungsamtes einzuholen. Die Dienstaufsichtsbeschwerde sei monatelang nicht bearbeitet bzw. dahingehend beantwortet worden, dass noch auf einen Bescheid der Stadt Halle (Saale) gewartet wird. Der Bescheid von Halle liege bereits seit Wochen vor. Das Bauordnungsamt habe daraus eine neue Auflage gemacht und wolle Geld dafür haben. Man komme einfach nicht an die Stadt heran, monierte Herr Willke. Er bat um einen Termin, um diese Angelegenheit sachkundig diskutieren zu können.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwiderte, Kenntnis von diesem Vorgang zu haben. Wenn Herr Willke bis zur Pause im Ratssaal bleibt, könne ein Termin vereinbart werden.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Ausführungen zum Haushalt 2018 durch Frau Bürgermeisterin Nußbeck

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, verwies auf den heute ausgereichten Entwurf der Verwaltung für den Haushalt 2018 in digitaler Form. Noch in diesem Jahr werden die Haushaltsberatungen beginnen und der Entwurf im Haushaltsausschuss am 13.12.2017 beraten.

Frau Nußbeck ging auf wesentliche Eckpunkte, Veränderungen, Chancen und Risiken ein:

Der Haushaltsentwurf 2018 sieht im Ergebnisplan ordentliche Erträge in Höhe von insgesamt 222,6 Mio. EUR und ordentliche Aufwendungen in Höhe von insgesamt 229,9 Mio. EUR vor. Er weist damit ein Defizit in Höhe von 7,4 Mio. EUR aus und stellt eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem Haushalt 2017 mit einem geplanten Defizit in Höhe von 4,4 Mio. EUR dar. Durch diese deutliche Erhöhung des Defizites für 2018 und Folgejahre ist der Haushaltsausgleich nur noch möglich durch die guten Jahresergebnisse der Vorjahre. Aber bereits in diesem Jahr ist aus heutiger Sicht ein solches positives Jahresergebnis nicht mehr absehbar. Dafür gibt es verschiedene Ursachen:

Zunächst musste in diesem Jahr eine erhebliche Gewerbesteuer-Rückerstattung für zwei Steuerjahre verkraftet werden und deshalb auch die Vorausleistungen in den nächsten beiden Jahren angepasst werden. Diesen Rückgang bei der Gewerbesteuer können die erhöhten Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer nicht kompensieren.

Deutliche Mindereinnahmen sind bei den Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen sowie den Entgelten aus den Rettungsdienstleistungen zu erwarten.

Den niedrigeren Einnahmen aus der Kostenerstattung des Landes für Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stehen auch deutlich niedrigere Ausgaben gegenüber.

Gestiegen sind ebenfalls die Aufwendungen für Personal durch die Tarifsteigerungen, die Umsetzung der neuen Entgelttabelle nach dem TVöD, die Steigerung der Besoldung und der Versorgungsumlage für Beamte. Diese Kostensteigerungen konnten zumindest teilweise durch Stellenreduzierungen kompensiert werden.

Erhebliche Steigerungen wurden geplant, insbesondere bei den Zuweisungen an die Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen, einschließlich Klinikum und DEKITA, die nicht annähernd durch die Erhöhung der Zuschüsse des Landes gedeckt sind. Wo hier der Spielraum für die Senkung der Elternbeiträge durch die Kommunen gesehen wird, bleibt wohl für immer ein Geheimnis. Auch bei den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gibt es eine deutliche Kostenerhöhung und die Stadt bleibt auf einem gehörigen Anteil dieser Kosten sitzen. Mehrausgaben wurden darüber hinaus bei der Grünpflege geplant. Das Bauhausjubiläum ist in einem erheblichen Umfang mit konkreten Projekten untersetzt und es musste eine beträchtliche Steigerung bei den Kosten der Unterkunft eingeplant werden.

Die tiefere Ursachenanalyse soll der Haushaltsberatung am nächsten Mittwoch im Haushaltsausschuss vorbehalten bleiben, weshalb heute auf die Nennung von zu vielen Zahlen verzichtet wird.

Zum **Investitionshaushalt** führte Frau Bürgermeister Nußbeck aus, dass die geplanten investiven Auszahlungen für 2018 mit **54,2 Mio. EUR** rund **7,3 Mio. EUR** über dem geplanten Volumen des Vorjahres liegen. Allerdings gehört zur Wahrheit auch dazu, dass in diesem Jahr nicht einmal die Hälfte von dem umgesetzt wird, was im Haushalt veranschlagt wurde. Per Oktober sind 15,3 Mio. EUR Investitionen kassenwirksam realisiert. Zur Finanzierung dieses anspruchsvollen Investitionsprogramms ist die Stadt auf zweckgebundene Fördermittel (2018 Anteil 69 %) angewiesen, kann aber leider nicht die Fördermittelverfahren von Bund, Land und EU beeinflussen, sondern ist davon zeitlich und inhaltlich abhängig.

Wichtige Investitionsmaßnahmen der nächsten Jahre sind:

- Sanierung des Objektes Törtener Straße 13/14,
- Teilsanierung der Grundschule Tempelhofer Str. über STARK III und Hochwassermittel,
- Neubau der Turnhalle Grundschule Meinsdorf über STARK III,
- Generalsanierung der Sekundarschule An der Biethes Haus 1 über STARK III,
- Neubau einer Zweifeld-Turnhalle am Walter-Gropius-Gymnasium,
- Erweiterungsbau der Regenbogenschule,
- Energetische Sanierung der wissenschaftlichen Bibliothek.

Eine Reihe von neuen Straßenbaumaßnahmen sind im Haushalt eingestellt, wie die Askanische Straße, die Cityradiale (Zerbster Str. - 2. Bauabschnitte und Albrechtsplatz), die Elballee, der Busbahnhof und ein Teilstück der Mannheimer Straße. Darüber hinaus ist eine Reihe von Projekten in Vorbereitung auf das Bauhausjubiläum enthalten, wie z. B. die Gestaltung des Außengeländes am Kornhaus, am Konsumgebäude Törten und am Arbeitsamt am August-Bebel-Platz.

Ebenso sind die Umsetzung des Touristischen Leitsystems und das Infrastrukturvorhaben Industriehafen Roßlau im Plan.

Das ist nur eine Auswahl an Maßnahmen. Außerdem werden die bereits begonnenen Maßnahmen wie Schwimmhalle, Kavalleriestraße oder die Sanierung des Georgiums fortgesetzt.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck ging auf einige Risiken für diesen Haushalt ein:

Die Finanzplanung 2017 bis 2021 weist insgesamt Haushaltdefizite in Höhe von **20,2 Mio. EUR** inklusive der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen von **5,9 Mio. EUR**. Der vollständige Haushaltsausgleich bis 2021 kann daher nur mithilfe der positiven Jahresergebnisse der Jahre 2013 bis 2016 dargestellt werden. Für die Haushaltsplanung wurden jedoch auch Annahmen getroffen, die erheblichen Einfluss auf die künftigen Ergebnisse haben, wenn diese so nicht eintreten.

Das betrifft zunächst das Theater. Der Fördervertrag mit dem Land endet 2018. Es wurde mit diesem Haushalt eine Erwartungshaltung für eine künftige Finanzierung mit gleichbleibenden städtischen Zuschüssen an das Land formuliert. Soweit dies nicht im Verhandlungsweg erreicht werden kann, muss dies im Wesentlichen der städtische Haushalt kompensieren.

Im Haushalt sind in Vorbereitung auf das Bauhausjubiläum mehrere Projekte mit einem Gesamtwertumfang von **922 TEUR** bei einer 80-prozentigen Förderung geplant. Die Höhe der Förderung ist allerdings nicht gesichert. Bei einer nur 50-prozentigen Förderung fehlen bereits **276,5 TEUR** an Eigenmitteln.

Der Eigenbetrieb DEKITA hat begründet in verschiedenen Entwicklungen (wie Tarifierhöhungen, die neue Entgeltordnung, erhöhte Anforderungen aus dem KiFÖG wie auch dem Anstieg der Kinderzahlen, vornehmlich aus Flüchtlingsfamilien) einen erheblich höheren Zuschussbedarf gegenüber dem bisherigen Finanzplan 2017. Die Stadt setzt die Ganztagsbetreuung sowie die Vollversorgung um und leistet auch einen ganz bedeutenden Integrationsbeitrag. Das wird nicht vollständig durch gesonderte Leistungsgesetze finanziell kompensiert, sondern aus städtischen Mitteln gegenfinanziert. Insgesamt wurden in dem Entwurf allein für das Jahr 2018 **2,0 Mio. EUR** höhere Zuschüsse an den EB DEKITA eingestellt und weitere **671 TEUR** an die freien Träger zusätzlich. Abzüglich der Landeszuschüsse trägt die Stadt damit **16,5 Mio. EUR** an den Kosten der Kinderbetreuung gegenüber **11,3 Mio. EUR** vom Land. Wenn sich die Kostenentwicklung in den nächsten Jahren so verstetigt, wird dies zu neuem Konsolidierungszwang führen.

Ebenfalls erhöht wurden bereits das zweite Jahr in Folge die Zuschüsse an den Stadtpflegebetrieb. Bereits im vergangenen Haushalt 2017 wurden in den Verwaltungsentwurf 2017 - 2020 um 500 TEUR höhere Zuschüsse an den Stadtpflegebetrieb für Grünpflege im öffentlichen Bereich und im öffentlichen Grün auf Friedhöfen eingestellt. Dies wurde allerdings auch unter die Bedingung gestellt, dass es keine zusätzlichen Belastungen zum Beispiel aus dem Wegfall von geförderten Arbeitsmarktinstrumenten gibt. Tatsache ist inzwischen, dass die AGH-Maßnahmen nicht in dem Maße wie gewünscht, besetzt werden konnten und dass mit deren Betreuung ein erheblicher zusätzlicher Aufwand entsteht. Daher wurde in diesem Entwurf eine weitere Erhöhung der Zuschüsse um 190 EUR pro Jahr vorgenommen. Noch nicht berücksichtigt sind allerdings die Ergebnisse aus dem Prüfauftrag an die Verwaltung, der mit der Beschlussvorlage FV/009/2017 unter TOP 7.17. auf der heutigen Tagesordnung steht.

Als letztes im Ergebnisplan ging Frau Bürgermeisterin Nußbeck auf die Risiken aus den Planungen für Sozialleistungen der Asylbewerber und anerkannten Flüchtlinge ein. Dieser Haushaltsentwurf trifft auch hier bestimmte Annahmen. Diese basieren im Wesentlichen auf der Entwicklung des laufenden Jahres.

Es kann allerdings keine Sicherheit darüber geben, ob dies tatsächlich so eintritt. Insbesondere der Familiennachzug für subsidiär anerkannte Flüchtlinge ist hier nicht berücksichtigt. Schon jetzt stellen die in unserer Stadt untergebrachten Familien neue Herausforderungen dar. So steigen die Schülerzahlen und auch die Inanspruchnahme der Plätze in den Kindereinrichtungen. Es bestehen bereits Probleme, das Angebot wohnortnah in jedem Einzelfall zu gewährleisten. Bei einer Verstetigung dieser Entwicklung muss auch über die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten nachgedacht werden. Den Finanzbedarf hierfür deckt derzeit jedoch kein einziges Förderprogramm ab.

Für die Finanzierung der im Finanzplan investiv dargestellten Maßnahmen 2018 – 2021 ist die Aufnahme von Krediten in Höhe von insgesamt 26,2 Mio. EUR geplant.

Darunter sind Kredite zur Sicherung von Maßnahmen aus dem STARK III – Programm in Höhe von 13,5 Mio. EUR. Damit wird der konsequente Weg der Entschuldung für die nächsten Jahre zunächst verlassen, wobei die Stadt am Ende des Jahres 2017 voraussichtlich einen Schuldestand unter 20 Mio. EUR erreicht haben wird.

Anfang des Jahres werden die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen beginnen. Mit dem hier vorliegenden Haushaltsplanentwurf wird deutlich, dass die Stadt Dessau-Roßlau an finanziellem Handlungsspielraum gewonnen hat. Sie nutzt diese Spielräume, um die vom Stadtrat gesetzten Ziele, wie Bauhausjubiläum 2019, Modernisierung der Infrastruktur, Förderung von Bildung und Kultur sowie Stadtmarketing mit besonderer Priorität zu behandeln. Dazu bedarf es allerdings auch einer modernen und arbeitsfähigen Verwaltung. Der Prozess der Stellenkürzung ist in vielen Bereichen an seine Grenzen gekommen. Längere Ausfallzeiten durch Krankheit können schon lange nicht mehr innerhalb der Abteilungen kompensiert werden. Hinzu kommen ständig neue Anforderungen des Gesetzgebers, die zu zusätzlichen Aufgaben führen und damit wieder die Nachfrage nach Personal erhöhen. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Prioritätensetzung bei der Schaffung zusätzlicher Stellen notwendig.

Unser gemeinsames Ziel im Diskussionsprozess dieses Haushaltes sollte die Entscheidung für nachhaltige Investitionen in Personal und Infrastruktur sein, mit Augenmaß und bei einem wachsamem Blick für das finanzielle Leistbare und für die finanziellen Risiken, um den Handlungsspielraum dauerhaft zu erhalten. Um das zu erreichen, bedarf es neben einer abgestimmten strategischen Ausrichtung auch der Untersetzung dieser durch konkrete Entwicklungskonzepte in den wesentlichen Aufgabenbereichen. Hier wird ein besonderer Handlungsbedarf sowohl im Kultur- als auch im Grünflächenbereich gesehen. Das trifft übrigens auch für die Ermittlung des gesamten Sanierungsbedarfes im Schulbereich zu, auf deren Grundlage dann eine langfristige finanzielle Einordnung in den Haushalt erfolgen kann. Ein gemeinsames Agieren auf einer solchen Grundlage stärkt die positive Außenwahrnehmung besser, als kurzfristiges Reagieren. Nachhaltige Investitionen in Personal erfordern neben inhaltlicher Schwerpunktsetzung auch die vom Stadtrat eingeforderte Personalentwicklung. Das dafür notwendige Rahmenkonzept wird in den Haushaltsberatungen vorgestellt.

Insgesamt gibt dieser Haushalt Anlass für eine Vielzahl positiver Botschaften, deren gemeinsame Vermittlung auch zur verbesserten Außenwahrnehmung unserer Stadt beitragen kann.

6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes verließ Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, die Sitzung.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, berichtete von der Verleihung des Ehrenpreises „Der Marienkäfer 2017“ am 29.11.2017 durch seine Fraktion. „Der Marienkäfer“ sei inzwischen Tradition in den Kindertagesstätten, in denen man in Eigeninitiative mit den Eltern, Erziehern, Kindern und Sponsoren Probleme auf kurzem Weg löst, um die Umfeld-Bedingungen maßgeblich zu verbessern.

Preisträger in diesem Jahr ist der Hort „Waldwichtel“ in Roßlau. Das Projekt „Frühlingserwachen – Herrichtung von drei Horträumen“ hat den Zuschlag erhalten. Herr Schönemann zeigte die Urkunde, die nunmehr seit sechs Jahren jährlich ausgereicht wird. Er erzählte von einem erbaulichen Ereignis vor Ort, bei dem die Kinder die Urkunde dankbar annahmen. Neben den Elternunterstützern waren auch einige Mitglieder des Ortschaftsrates anwesend. Er bedankte sich für die Initiative im Hort sowie bei seinen Fraktionskollegen. Mit dem Preis verbunden ist eine Zuwendung in Höhe von 550 Euro, welche ausschließlich aus privater Geldsammlung der Fraktionsmitglieder entstand.

Frau Müller, SPD-Fraktion, nahm Bezug auf die für 2018 geplante Installation einer neuen Trink- und Abwasserleitung in der Doppelreihe. Fraglich sei, warum die Straße nicht gleichzeitig saniert wird, da ein Befahren im Winter sehr gefährlich ist. Auch bei Verlegung einer neuen Leitung gebe es keine Garantie, dass sich das Wasser bei starken Regengüssen dort nicht staut. Um Kosten zu sparen, sollte mit der DESWA kooperiert werden, sodass die Straße nur einmal aufgerissen werden muss.

Des Weiteren kritisierte Frau Müller, dass der Dessauer Tafeln e. V. nicht von der Stadt Dessau-Roßlau unterstützt wird. Der Stadtbezirksbeirat innerstädtisch Nord hat für die Tafel 200 Euro unter Federführung von Herrn Christian Eichelberg gestiftet. Bei der Hilfsorganisation werden wöchentlich 1.200 Bedürftige versorgt, darunter 380 Kinder. Deshalb sollten ab 2018 im Haushalt monatlich 150 Euro zur Unterstützung der Tafel für ein Jahr veranschlagt werden.

In 2019 sollte eine andere soziale Einrichtung in gleicher Höhe unterstützt werden, für die Tafel sollen dann monatlich 25 Euro bereitgestellt werden. Sich um solche Aufgaben zu kümmern, sei Obliegenheit der Stadt, auch wenn es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt. Es werde so viel Geld ausgegeben, bei dem man sich fragt, wofür, kritisierte Frau Müller. Hier geht es um Kinder, die in Armut leben.

Abschließend fragte Frau Müller, ob die Weihnachtsbäume des Dessauer Adventmarktes am 24.12.2017 früh an Bedürftige, die sich keinen leisten können, abgegeben werden können. Zudem bat sie darum, sich hinsichtlich des Adventsmarktes nach dem Kirchenjahr zu richten und diesen nicht vor dem Totensonntag zu eröffnen. Das Kirchenjahr endet mit dem Totensonntag und beginnt am ersten Advent.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, verwies auf Ihre Anfrage am 31.08.2016 im Stadtrat zur Prüfung der Einrichtung einer Zone 30 vor der Grundschule „Hugo Junkers“. Laut dem ihr nun zugegangenen Bescheid ist diese nach einer Einzelfallprüfung nicht möglich. Sie könne nicht nachvollziehen, warum die Sicherheit der Kinder vor einer Schule nicht mittels einer kurzen Zone 30 ermöglicht werden kann. Bei Interesse an der offiziellen Begründung, könne man sich an sie wenden.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, bedankte sich für die neue digitale Sitzungstechnik und den Umgang mit dieser. Die Probleme, die er bei der Umstellung hatte, wurden dank der Verwaltung zu seiner vollsten Zufriedenheit gelöst.

Um die Digitalisierung der Ratsarbeit voranzutreiben, wünschte er sich die Bereitstellung eines Tablets auf dem Rednerpult, für welches er lediglich einen USB-Stick mitbringen bräuchte. Er schlug vor, dass Tablet des Präsidiums mit der Leinwand zu koppeln, damit die Zuschauer über den Beratungsinhalt Kenntnis erlangen.

Des Weiteren erinnerte er daran, bereits 2014 als Einwohner die Frage gestellt zu haben, was mit den verschwundenen Bäumen auf dem Lidiceplatz geschehen ist. Im Antwortschreiben hieß es, dass diese 2015 wieder gepflanzt werden, da es gewisse einzuhaltende Regeln gibt. Am 09.12.2015 habe er im Stadtrat erneut nach den Bäumen gefragt. Herr Berghäuser verlas den Protokollauszug inklusive der mündlichen Antwort, in der eine umgehende Prüfung versichert wurde. Die Prüfung sei erfolgt, die Gefahrenstelle wurde abgestellt, die gusseisernen Platten entfernt und eine Schotterschicht mit Splitt aufgebracht. Dies führte dazu, dass DHL-Fahrer die Stelle als zeitweiligen Parkplatz benutzen und die nicht gebundene Schicht herausfahren, sodass nun wieder eine Gefahrenstelle entstanden ist – zwar nicht mehr 20 cm, sondern 5 bis 7 cm tief. Wenn der nächste Schneefall eintritt und jemand dort queren möchte, bekomme dies derjenige nicht mit. Er fragte daher, was mit der Stelle passiert. Das Thema sei auch im Stadtbezirksbeirat aufgekommen. Es werden keine Bäume gepflanzt, stattdessen ist inzwischen der dritte Baum verschwunden. Als Stadtrat werde er gefragt, was an der Stelle geschieht, da die Bürger interessiert, was bei ihnen vor der Haustür geschieht. Herr Berghäuser unterstrich, von einem Vorgang aus 2014 zu sprechen. Er fragte nach der Zuständigkeit. Wenn dort aufgrund der Leitungen keine Bäume mehr gepflanzt werden dürfen, müsse die Stelle versiegelt werden. An Stelle eines Baumes könnte bspw. auch ein Strauch gepflanzt werden. Mit dem Zustand sei er unzufrieden. In der Körnerstraße würgt der Baumschutz einen jungen Baum. Dessen Stützen kommen allmählich aus dem Erdreich, weil er inzwischen größer und kräftig ist.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm bat um Beachtung der Redezeit.

Herr Berghäuser sprach den Umgang mit Tagesordnungspunkten, die von der Tagesordnung genommen werden, an. Der Oberbürgermeister hat heute den TOP 7.1 von der Tagesordnung genommen, dabei aber nicht angegeben, ob dieser wieder aufgelegt wird, oder ob das endgültig ist. Ebenso wurde von Herrn Adamek am 28.09.2016 auch im Namen der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen beantragt, den TOP 7.2, „Grundsatzentscheidung zum Umgang mit dem Wandbild im Ratssaal“, von der Tagesordnung zu nehmen. Dem Antrag wurde zugestimmt und es sei nie wieder thematisiert worden. Auch wurde am 06.09.2017 der TOP 8.8, „Entschädigungsleitlinie der Stadt Dessau-Roßlau für Vertreter/Vertreterinnen der Stadt Dessau-Roßlau in städtischen Unternehmen“, vom Einreicher zurückgezogen. Es erfolgte keine Information, was mit der Beschlussvorlage gemacht wird.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm machte darauf aufmerksam, dass Herr Berghäuser über 6 Minuten geredet hat, was eine Redezeit für 2 Stadträte wäre. Er verwies auf die Fülle der Tagesordnung mit über 30 Tagesordnungspunkten und forderte präzise Fragen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass u. a. in der Rede von Frau Nußbeck festzustellen war, dass es diverse offene Beschlüsse gibt.

Es werden viele Beschlüsse gefasst, darunter einige, die mit Investitionen verbunden sind, die jedoch zum Teil nicht umgesetzt wurden. Als Beispiel nannte er die Nordumgehung, die Möster Straße und die Sporthalle des Gropius-Gymnasiums. Er kritisierte, dass die Stadt und der Stadtrat teilweise nicht an Beschlussfassungen dran geblieben sind. Seit 2007 ist Dessau-Roßlau Doppelstadt und hat einige Hundert Beschlüsse gefasst. Bei manchen sei die fehlende Umsetzung nicht bedauerlich, jedoch sollte eine aktivere Kontrolle der Umsetzung vorgenommen werden. Aus gegebenem Anlass bat er den Oberbürgermeister um eine Aufstellung der seit 2007 gefassten Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau, unterteilt nach „umgesetzt“, „in Bearbeitung“ und „nicht umgesetzt“.

Frau Storz, SPD-Fraktion, erinnerte an die Thematisierung der von staatlicher Unterstützung ganz oder teilweise abhängigen Kinder in der letzten Stadtratssitzung. Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, hatte daraufhin eine Reaktion abgeliefert, die manche in Erstaunen versetzt hat. Sie habe dies zunächst als Überraschung abgetan, aber als in der Mitteldeutschen Zeitung ein Interview erschien, in dem genau diese sehr merkwürdigen Antworten schriftlich wiederkamen, waren sie und eine Vielzahl von Bürgern enttäuscht. Sie habe sehr viele Anrufe und Anfragen, insbesondere von alleinstehenden Müttern, erhalten, die in Vollzeit tätig sind, dabei aber nicht genug verdienen und deshalb staatliche Unterstützung brauchen. Manche deuteten gleich auf den Zeitungsartikel. Frau Storz spürte Herabwürdigung in der Art und Weise, in der über die Kinder und deren Familien, über den Menschen, denen Herr Krause dienen soll, gesprochen wurde. Daher bat sie ihn, die anscheinende Herabwürdigung abzumildern, zu präzisieren und sich gegebenenfalls zu entschuldigen, insbesondere bei den Alleinerziehenden. Als Stadträtin könne sie nicht akzeptieren, dass die Bitte um ein Konzept ausschließlich an das Jobcenter verwiesen wird, mit welchem gegebenenfalls Ende 2018 zu rechnen sei. Frau Storz kündigte an, das Thema erneut in den Haushaltsverhandlungen aufzugreifen.

Zudem berichtete sie, etliche Anfragen aus Dessau-Süd erhalten zu haben. Dort seien inmitten der Stadt Wildschweine unterwegs, bis in die Doppelreihe und den Nordweg hinein. Da die Wildschweine besonders im Dunkeln in Familienverbänden auftreten, sollte mit dem städtischen Oberjäger gesprochen werden, ob entsprechend gehandelt werden kann. Sollte es zu wenig Jäger in Dessau geben, vielleicht auch historisch bedingt, sollten Patenschaftsverträge mit Jägern aus anderen westlichen Regionen eingegangen werden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, nahm Bezug auf die erste Anfrage von Frau Storz. Er habe viele Reaktionen bekommen, die ihm in dem Fall Recht gaben. Zudem merkte er an, in dem Interview gesagt zu haben, nicht alle über einen Kamm zu scheren, sondern differenzieren zu müssen. Er selbst kenne viele erwerbstätige Alleinerziehende, die ergänzend Sozialleistungen erhalten. Ihn erfreue, dass das Thema an die Öffentlichkeit gelangt ist. Es müsse auch erlaubt sein, gesetzliche Fehlanreize anzusprechen und in die Ursachenanalyse einzubeziehen. Man müsse nach den Ursachen suchen und die richtigen Maßnahmen ableiten, die später in der Sozialplanung Ende 2018 verankert werden. Herr Krause lud die Stadträte ein, sich mit dem Jobcenter und dem Dezernat für Gesundheit, Soziales und Bildung in die Sozialplanung einzubeziehen. Seines Erachtens werde der zweite Arbeitsmarkt bereits gemacht, dafür gebe es auch im Jobcenter inzwischen Konzep-

te. Der zweite Arbeitsmarkt sei jedoch nicht mehr das richtige Instrument, um Kinderarmut zu bekämpfen. Teurere Varianten, die zuvor gesetzlich verankert waren, stehen nun nicht mehr zur Verfügung. Es müsse über Arbeitsplätze in dieser Stadt gesprochen werden, denn nur das helfe bei der Bekämpfung von Kinderarmut.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, hob hervor, dass der Versuch, die Stadt Dessau-Roßlau umzubenennen, scheiterte. An den Masterplan Bauhausstadt könne ein weiteres Häkchen gesetzt werden. Der Stadtratsbeschluss von 2012, der nichts weiter sei als eine Absichtserklärung zur Vorbereitung des Bauhausjubiläums im Jahr 2019, enthält in Punkt C7 das Ziel, über die Umbenennung der Stadt Dessau-Roßlau im Stadtrat zu beraten und gegebenenfalls zu beschließen. Diese Beratung ist erfolgt, das Ergebnis ist bekannt.

Wie der Oberbürgermeister bereits erwähnt hat, konnte die Mitteldeutsche Zeitung unter der Überschrift „Dessauer Imagekampagne: Großes Lob aus Berlin, Leipzig und Dresden“ darüber berichten, dass Dessau durch die Stadtmarketinggesellschaft mit ihrer ersten überregionalen Imagekampagne „Gropius, Luise, Tante Ju“ große Aufmerksamkeit erregt. Die Kampagne ist selbstbewusst, authentisch und sympathisch, bringt den Markenkern der Stadt auf den Punkt, reduziert nicht nur auf das Bauhaus, sondern spricht die verschiedenen Geschmäcker aller potentiellen Besucher an. Das ist die Quintessenz der durchweg positiven Reaktionen der Marketingkollegen in Berlin, Leipzig, Dresden, Magdeburg und Weimar. Das Votum zeigt, dass der Stadtrat auf dem richtigen Weg ist. Die Freie Fraktion Dessau-Roßlau dankt allen Stadträten der Fraktionen der CDU, des Liberalen Bürger-Forum/Die Grünen und Pro Dessau-Roßlau, die sich mit der Freien Fraktion und dem Oberbürgermeister in einer Koalition der Vernunft für den Erhalt des Stadtnamens entschieden haben.

Der Dank gelte auch dem Roßlauer Ortschaftsrat und allen Bürgern beider Stadtteile, die in einem teils unwürdig inszenierten Ränkespiel Souveränität und Haltung bewahrt haben. Auch wenn es wohl lange dauern werde, bis die Gräben zugeschüttet und die Wunden verheilt sind, die dieser Stadtnamensdisput aufs Neue aufgerissen hat, solle nicht in Zorn zurückgeblickt werden. Mit dem Zitat des Oberbürgermeisters: „Wir wollen alle das Beste für die Stadt und ringen um den besten Weg. So soll es sein und bleiben. Für unsere Doppelstadt, für Dessau-Roßlau.“, beendete Herr Dreibrodt seine Rede.

Frau Dammann, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verwies auf den Bescheid, dass die Mühlenstraße in Dessau-Mosigkau im nächsten Haushaltsplan die Priorität 2 erhalten soll. Das sei inakzeptabel, auf die Priorität 1 müsse bestanden werden. Laut Bescheid ist die Straße irreparabel. Der Zustand könne nicht hingenommen werden, daher müsse die Priorität in den Haushaltsberatungen geändert werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezog sich auf den Vorschlag des Herrn Adamek zur Beschlusskontrolle. Es sei unter anderem auch Ansatz seiner Fraktion gewesen, ein Ratsinformationssystem in Gang zu setzen, welches die Ratsarbeit erleichtert. Ausgangspunkt der damaligen Zeit sei die Beschlusskontrolle gewesen. Bis heute fehle dem Ratsinformationssystem dieses Modul. Es ist zu prüfen, ob es in das Session integriert werden kann; sicherlich sei es kostenintensiv. Das Modul sei genau das, was den Stadträten an bestimmten Stellen fehlt. Vielmals sei sich der

Stadtrat bewusst, dass er mit bestimmten Beschlüssen über die Verhältnisse der Stadt lebt. Er könne listenweise Beschlüsse aufzählen, die nicht umgesetzt wurden. Dies habe Ursachen. Zum einen werde die Mehrheit gebraucht, zum anderen die Mittel im Haushalt. Es sei populistisch, Listen der nicht umgesetzten Beschlussvorlagen zu erstellen. In bestimmten Fällen sei bereits im Vorfeld klar gewesen, dass die Realisierung schwierig wird. Es sei mehr Realismus von Nöten.

Bezüglich des Wildschwein-Problems schilderte **Herr Schönemann**, dass der Stadtverband der Gartenfreunde e. V. massiv unter dieser Entwicklung leidet. Ihm sei bewusst, dass es Vorberatungen und dergleichen gegeben hat, um dort Abhilfe zu schaffen. Doch die Aussage, dass dort nicht geholfen werden kann, könne nicht das letzte Wort sein. Er bat den Oberbürgermeister, nochmals mit den Fachleuten zu beraten und realisierbare Maßnahmen zu organisieren. In Kleinkühnau und in Großkühnau sei es damals gelungen, das Problem auf dem Zentralfriedhof mit der Stadthägerschaft selbst zu lösen. Das könne und müsse möglich sein.

Letztlich berichtete **Herr Schönemann**, dass die Fraktion Die Linke und der Deutsche Gewerkschaftsbund am 08.12.2017 um 15 Uhr bei der DVV Stadtwerke Dessau GmbH für 100 sozialbedürftige Kinder eine traditionelle Weihnachtsfeier durchführen. Einige Stadträte unterstützen dieses Vorhaben. Er lud dazu ein, an der Veranstaltung teilzunehmen. Es sei stets ein schönes Erlebnis, die dankbaren Kinderaugen zu sehen.

Herr Oberbürgermeister Kuras gab an, dass es zur Lösung des Wildschwein-Problems eine gemeinsame Zusammenkunft mit den betroffenen Gartensparten, dem Stadtverband, dem zuständigen Ordnungsamt, sowie dem Kreisjägermeister geben wird. In befriedeten Bereichen zu schießen sei schwierig. Es drehe sich nicht nur um den Abschuss, sondern auch andere geeignete Maßnahmen. Anfang Januar werde das Treffen stattfinden.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, ging auf die Ausführungen von Herrn Krause ein. Er sehe es zunächst nicht als Gesetzesfehler, dennoch gibt es für Leistungsempfänger bestimmte Aufgaben. Richtig sei auch, dass bei gutem Verdienst zusätzlich keine Leistungen gebraucht werden. Er stellte die Frage, ob es bei der DWG inzwischen Tarifverhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft ver.di gibt. Nach einem älteren Stadtratsbeschluss müssen alle Tochterunternehmen der Stadt Dessau-Roßlau, damals der Stadt Dessau, tarifkonform handeln. Es sei gelungen, dass die Stadtmarketinggesellschaft versucht, junge Leute wieder zurück in die Region zu holen. Diese kommen jedoch nur zurück, wenn sie hier angemessen entlohnt werden. Die Stadt sollte dabei ein Vorbild sein.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, erwiderte als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der DWG, dass die Geschäftsführerin, Frau Passlack, in der letzten Aufsichtsratssitzung angekündigt hat, dass es solche Gespräche noch in diesem Jahr geben wird.

	EUR	EUR
Stand 1.1.2017		2.491.188,10
<u>Entnahme</u>		
Korrektur Entnahme		
Teuerung/Abzinsung		
Deponierückstellung 2014/2015	573.983,84	
Entnahme Teuerung/Abzinsung		
Deponierückstellung 2016	<u>313.724,35</u>	
		<u>887.708,19</u>
Stand 31.12.2017		<u><u>1.603.479,91</u></u>

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.3 Entlastung der Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2016
Vorlage: BV/341/2017/II-EB

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte fest, dass das Betriebsergebnis, bei aller in der Öffentlichkeit stehenden Kritik, ein Beweis einer außerordentlich erfolgreichen Arbeit ist. Mit Nachdruck würdigte er das Wirken von Frau Moritz und ihrem Team.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, brachte zum Ausdruck, dass es schön gewesen wäre, wenn Herr Schönemann ihm die Danksagung nach der Abstimmung überlassen hätte. Nach der Abstimmung dankte er Frau Moritz und ihren Kolleginnen und Kollegen.

Beschluss:

Die Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau wird für das Jahr 2016 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Jahr 2018 Vorlage: BV/339/2017/II-EB

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, verwies darauf, dass eine an späterer Stelle zu behandelnde Beschlussvorlage direkten Einfluss auf den Stadtpflegebetrieb haben wird. So sind zwei Dinge, die noch zu behandelnden Beschlussvorlage, in diesem Wirtschaftsplan schon umgesetzt. Die Kürzung der Haushaltskonsolidierung in Höhe von 50 T€ wurden mit diesem Wirtschaftsplan bereits zurückgenommen. Weitere 140 T€ Zuschusserhöhung für die Betreuung von AGH-Maßnahmen wurden in diesem Haushalt bereits eingepreist. Weiterhin steht ein Ausschreibungsverfahren zur Biovergärungsanlage kurz vor der Vergabe. Dieses Vergabeverfahren kann nur erfolgreich mit einem Wirtschaftsplan zu Ende geführt werden. Sie bat um Zustimmung zum Wirtschaftsplan, auch wenn die beiden anderen Prüfaufträge aus der noch zu beschließenden Beschlussvorlage in der Bearbeitung sind und deren Ergebnisse erst Anfang des nächsten Jahres vorgelegt werden können. Es sei allerdings so, wenn noch Beschlüsse gefasst werden, aus denen sich möglicherweise noch zusätzliche Aufgaben an den Stadtpflegebetrieb ergeben, ist es einfacher, wenn der Haushalt die Mittel hat und der Wirtschaftsplan dieses Mittel berücksichtigt.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2018 wird gemäß Anlage 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.5 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2016 Vorlage: BV/203/2017/IV-ATD

Beschluss:

1. Der durch die unabhängige DONAT WP Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chemnitzer Straße 48a, 01187 Dresden geprüfte und bestätigte, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31.12.2016 wird festgestellt.
2. Der Jahresverlust von EUR 126.730,99 wird in Höhe von EUR 129.841,58 (Abschreibungswert Altes Theater) durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage Altes Theater ausgeglichen.

3. Der sich daraus ergebende Gewinn in Höhe von EUR 3.110,59 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Zum Bilanzstichtag 2016 werden Verlustvorträge aus dem Jahr 2012 in Höhe von EUR 21.607,84 aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.6 Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2016
Vorlage: BV/204/2017/IV-ATD

Beschluss:

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2016 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Der Betriebsleitung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Anhaltischen Theaters wurde durch **Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, der Dank ausgesprochen.

7.7 Wirtschaftsplan 2018 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau
Vorlage: BV/358/2017/IV-ATD

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.8 Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa)
Vorlage: BV/392/2017/V-DKT

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, erklärte, dass die Beschlussvorlage mit folgender Änderung im Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten beschlossen wurde:

- Anlage 1 der Beschlussvorlage, vorletzter Absatz, Zeile 1 - Änderung des Datums von 12.10.2017 auf 06.11.2017
- Anlage 2 „Formblatt 7“ 2.2a – Änderung des Wertes von 1.271,37 € auf 1.274,37 €.
-

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, dankte den Beschäftigten des Eigenbetriebes DeKiTa und sagte weitere Unterstützung zu.

Zu Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes verließ Frau Perl, SPD-Fraktion die Sitzung.

Beschluss:

1. Der durch die unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Merschmeier + Partner GmbH, mit Hauptsitz: Haus Sentmaring 9, 48151 Münster geprüfte und bestätigte, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 sowie der Lagebericht 2016 in der Fassung vom 12. Oktober 2017 werden festgestellt.
2. Die Abschreibungen i.H.v. 4.461,05 €, die aus der Verwendung der zweckgebundenen Rücklage in 2016 entstanden, werden in 2017 durch Entnahme aus der Sonderrücklage ausgeglichen.
3. Der verbleibende Bilanzverlust in Höhe von 199.170,97 Euro wird mit der offenen Verbindlichkeit des Eigenbetriebes gegenüber der Stadt in Höhe von 77.727,41 Euro aus dem Ergebnis der Verwendungsnachweisführung des Jahres 2013 verrechnet. Der Restbetrag in Höhe von 121.443,56 Euro wird von der Stadt Dessau-Roßlau ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.9 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) für das Jahr 2016
Vorlage: BV/393/2017/V-DKT

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, verwies auch hier auf eine Änderung im Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten:

- Anlage 1, vorletzter Absatz, Zeile 1 – Änderung des Datums vom 12. Oktober 2017 auf den 6. November 2017.
-

Ergänzend erklärte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, dass die genannten Änderungen, auch die der vorherigen Beschlussvorlage, bereits in den Sitzungunterlagen im Ratsinformationssystem eingearbeitet wurden.

Beschluss:

Der Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten für das Jahr 2016 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, beglückwünschte den Eigenbetrieb DeKiTa.

7.10 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten
Vorlage: BV/290/2017/V-DKT

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt gemäß § 7 Satz 2d der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten den in der Anlage 2 zur Sitzungsvorlage beigefügten Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Jahres 2017.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

**7.11 Wirtschaftsplan 2018 des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/323/2017/V-SKD**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

Frau Storz, 2. Stellv. Vors. des Stadtrates und Mitglied der SPD-Fraktion, nahm an der Abstimmung zur Vorlage nicht teil.

Herr Pietzsch, CDU-Fraktion, verließ vor der Abstimmung der Vorlage die Sitzung.

Von 18:05 bis 18:30 Uhr wurde eine Pause durchgeführt.

Während der Pause erschien **Herr Mau, CDU-Fraktion**, zur Sitzung.

**7.12 Unterstützung für den Neubau einer Synagoge als Anbau an das bestehende Kantorhaus
Vorlage: FV/012/2017/StR**

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, brachte seine Freude über die Pressemitteilung zum Ausdruck, dass sich die jüdische Gemeinde für einen von zwei Entwürfen entschieden hat. Das Büro Bankert und Sommer aus Dessau und Herr Professor Jacobi haben sich bemüht, dort eine Entwicklung in Gang zu setzen. Der Entwurf, für den sich die jüdische Gemeinde entschieden hat, trifft mit dem zusammen, was heute auf der Tagesordnung steht. Der Zeitung konnte entnommen werden, dass die jüdische Gemeinde 1,3 Mio. € benötigt, um ihren Synagogenanbau zu errichten. Da es noch weiteres in dieser Richtung zu tun gibt, versteht er die Beschlussfassung als Signal, um das Land und andere Akteure zu beteiligen, aber auch jeder einzelne kann mit Kleinspenden helfen. Die Johanniskirche hat sich verpflichtet, jedes Jahr zwei Kollekten für diesen Neubau zu geben. Es wäre schön, wenn im Jahr 2018 (80 Jahre Pogromnacht) dort ein Grundstein gelegt werden könnte und im Jahr 2019 zum 25jährigen Jubiläum das Gebäude in einer würdigen Form nutzbar wäre. Für die Stadt ist dann eine Stelle vorhanden, wo die jüdische Gemeinde ihre Heimat und ihr zu Hause gefunden hat.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Unterstützung der Errichtung eines Ersatzneubaus für die 1938 zerstörte Synagoge der jüdischen Gemeinde zu Dessau in der Kantorstraße mit einem einmaligen, nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von insgesamt 100.000 EUR, jeweils zur Hälfte für das Jahr 2018 und 2019, vorausgesetzt einer verbindlichen gesicherten Finanzierung.

Abstimmungsergebnis: 38:00:01

7.13 Ehrenamtliche/r Kinder- und Jugendbeauftragte/r der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/346/2017/V-51

Bezüglich der schwierigen demografischen Lage in unserer Stadt hat er sich Gedanken gemacht, ob es nicht für die Jugendlichen einen Beauftragten geben sollte, der bspw. nahebringt, was noch in der Jugendkultur zu verbessern ist und was generell getan werden kann, erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Nicht nur aus Kostengründen hat er sich für das Ehrenamt entschieden, sondern weil es jemand sein sollte, der im normalen Leben steht und uns Empfehlungen und Hinweise gibt, was verbessert werden kann. Das wäre die bessere Lösung gegenüber einem hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten, der im Rathaus in einem Büro sitzt. Fraglich ist auch, was den ganzen Tag über der Gegenstand seiner Arbeit sein soll. Es sollte mit dem Einsatz eines ehrenamtlichen Beauftragten begonnen werden, später könne man immer noch zu neuen Einsichten kommen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, unterstützte die Sichtweise des Oberbürgermeisters aufgrund der Erfahrungen anderer Projekte in dieser Stadt, die mit Systematik begonnen haben. Bei der Gründung der Kindertagesstätten gab es eine Projektgesellschaft, wo jemand verantwortlich war, den Betrieb zu kreieren und ihn am Ende beschlussreif zu gestalten. Hier besteht eine ähnliche Situation, weil vieles nicht beschrieben ist und auch die Aufgaben der Stelle nicht definiert sind. Deshalb wäre es schön, wenn jemand im Ehrenamt mit der Unterstützung der städtischen Verwaltung ein Projekt auf den Weg bringt, welches genau die Stimme der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt gestaltet. Das könnte eine Jugendvertretung, ein Jugendparlament oder vieles mehr sein. Wenn es dann demjenigen gelingt, die Dinge auf den Punkt zu bringen, soll er durchaus honoriert werden. Es sei möglich, im Finale des Vorganges eine hauptamtliche Stelle einzunehmen.

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, griff zunächst als Einreicher der folgenden Beschlussvorlage den Wahlspruch der SPD auf, dass es Zeit für einen Kinder- und Jugendbeauftragten ist. Seit 1992 gibt es die Kinderrechtskonvention bzw. ist sie in Deutschland ratifiziert und seit 2011 ist die fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Sozialgesetzbuch VIII enthalten, was 5 Jahre her ist. Zwischen der Ratifizierung und der Aufnahme im Sozialgesetzbuch liegen 20 Jahre. Bereits 80 Kommunen haben schon Kinder- und Jugendbeauftragte. Er verwies auf den jüngst vorgestellten Sozialbericht, in dem neben den allgemeinen sozialen Verwerfungen unserer Stadtgesellschaft gerade auch die dramatische Lage der Altersstufen unserer Kinder und Jugendlichen dargestellt ist. Dem ausgereichten Nachtrag für 2016 sind Personen mit existenzsichernden Sozialleistungen dargestellt. Der Anteil bei Kindern beträgt 39,2 % und bei den Jugendlichen 25,6 %.

Es stellt sich die Frage, wer nimmt nun das städtische Handeln und unsere politische Willensbildung kritisch, ganzheitlich und konzentriert, unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut, in seine Perspektive und wer steht den Kindern und Jugendlichen als Ansprechpartner, als Kümmerer, als Begleiter durch Verwaltungsprozesse und Sozialgesetzgebung zur Seite. Soweit Themen Kindern und Jugendliche betreffen, sollte der oder die Jugendbeauftragte mit Rederecht im

Jugendhilfeausschuss, dem Unterausschuss sowie im Stadtrat und in allen weiteren Gremien vertreten sein. Weiterhin sollen Sprechstunden abgehalten werden. Es stellen sich die Fragen, wann ein ehrenamtlicher Beauftragter sich um die Menschen, die seine Hilfe bzw. Ansprechbarkeiten benötigen, kümmern soll, wann soll er oder sie vor Ort zu den jungen Menschen und ihren Problemen kommen und wann sollen die Inhalte und Themen der ganzen Sitzungen vor- und nachbereitet werden. Gerade die ehrenamtlichen Stadträte sollten verstehen, dass das kaum möglich ist.

Wenn es schon nicht genügend Freiwillige für die Feuerwehr gibt, könne nicht ernsthaft geglaubt werden, dass jemand qualifiziert die Funktion des Kinder- und Jugendbeauftragten ausfüllen kann. Es geht nicht darum, sich irgendwo als Gesprächspartner anzubieten, sondern darum, die Arbeit zu machen. Es wird nicht von einer Vollzeitstelle gesprochen, zu Beginn kann es bspw. auch ein halbe Stelle sein. Im Tagesordnungspunkt 7.10 steht im Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2010 der DeKiTa ein Zuwachs von über 23 Vollzeitstellen, die gebraucht werden. Auch benötigt wird ein starker und leistungsfähiger Kinder- und Jugendbeauftragter. Im öffentlichen Haushaltswesen gilt der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Heute nicht in Kinder und Jugendliche zu investieren, kostet später etliches mehr. Im Sozialbereich geht es in der Gesetzgebung und Unterstützung um Angemessenheit, eine hauptamtliche Stelle für strategisch konzeptionelles Arbeiten, eine unabhängige Interessenvertretung, die Gewährleistung einer zentralen Anlaufstelle sowie das Wirken als neutrale Anlaufstelle ist angemessen. Insofern bat er um Unterstützung des Folgeantrages und somit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entgegenzustehen.

Es ist Zeit für einen hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten, brachte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, zum Ausdruck. Wenn man sich den Sozialbericht ansieht, kann festgestellt werden, dass das nur ein hauptamtlicher Beauftragter machen kann, ehrenamtlich funktioniert das nicht. Da Kinder unsere Zukunft sind, sollte auch die Fraktion Die Linke in sich gehen, weil das wichtig für unsere Stadt ist. Alle Fraktionen sollten heute ein Signal senden, auch wenn es den Haushalt zusätzlich belastet. Es werde sich in den nächsten Jahren rechnen. Über die Stundenzahl könne man sich verständigen, so dass über 25 oder 30 Stunden zu sprechen ist. Er plädiert für den Einsatz eines hauptamtlichen Beauftragten.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion, legte ihre Meinung als Mutter einer 13-jährigen Tochter dar. Im Kindergarten gibt es Kindergärtnerinnen, die sich hervorragend um die Kinder kümmern und auch auf Einzelfälle eingehen, spezielle Probleme aufgreifen und weiterleiten. Es gibt das Jugendamt und vielleicht dann auch einen ehrenamtlichen Beauftragten, der sich um die Probleme kümmern kann, die von Einrichtungen oder den Eltern weitergeleitet werden. In der Schule gibt es Lehrer, pädagogische Mitarbeiter, Schulpädagogen, die auch die Probleme der Kinder aufgreifen können. Auch die Eltern kümmern sich und sehen Möglichkeiten, sich mit Problemen oder mit Gestaltungsmöglichkeiten an das Jugendamt zu wenden. Deshalb glaubt sie nicht, dass jetzt schon ein hauptamtlicher Beauftragter notwendig ist. Auch die Kinder versuchen sich selbst zu organisieren, was man heute an dem Schülersprecher sehen konnte. Die Kinder sind in der Stadt in guten Händen, weshalb ein hauptamtlicher Mitarbeiter noch nicht notwendig ist.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, bemerkte, mit den zurzeit vorhandenen Mitteln stellt man sich ein Armutszeugnis aus. Jetzt auf einmal ist es wichtig, einen Kinderbeauftragten zu installieren, ohne zu wissen, was dieser genau machen soll. Das Anliegen ist verständlich, jedoch sollte geklärt sein, was wollen wir damit erreichen und was sind die Bedarfe. Alle haben dafür gekämpft, dass an den Schulen Schulsozialarbeiter tätig sind. Damals auf die Palme gebracht hat ihn, dass für sechs Leute, die arbeiten sollen, eine Koordinierungsstelle benötigt wurde, die das zusammenfasst. Jetzt haben wir fast an jeder Schule einen Schulsozialarbeiter und bauen zusätzlich noch eine neue Stelle auf. Die Kinder können sich ab der Schule durchaus äußern. Es stellt sich die Frage, was eine solche Funktionsstelle erreichen soll. Es gibt so viele Sozialleistungen und Sozialsysteme, persönliche Betreuer für einzelne Kinder und damit leben wir auf einem sehr hohen Niveau.

Es müsse genau betrachtet werden, was der oder die Beauftragte tun soll, welche Ziel- und Aufgabenstellungen verfolgt werden und was wir schon haben, merkte **Herr Semper, Fraktion Die Linke**, an. Bezüglich der angesprochenen Jugendhilfe verwies er auf das vorhandene dichte soziale Netz und auf Schulsozialarbeiter, welche einen Koordinator haben. Außerdem hat jede Klasse einen Schülersprecher und einen Sprecherrat. Er plädiert für die Einführung eines Ehrenamtes und am Ende zu evaluieren, was für einen Sinn eine solche zusätzliche Stelle macht. Wenn es sich herausstellt, dass es Erfolge bringt, dann könnte eine volle Stelle eingerichtet werden.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies darauf, dass sich das Schulamt, die Schulsozialarbeiter und das Jugendamt um die Probleme der Schüler und Jugendlichen kümmern und beide Ämter in einem Dezernat vernetzt sind, so dass ein Dezernent für die Kinder und Jugendlichen da ist. Die Informationen, die von den Schulsozialarbeitern oder den Schülersprechern kommen, müssen nur dort ankommen, wo sie bearbeitet werden. Dann wird ein hauptamtlicher Beauftragter nicht zusätzlich benötigt.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, unterbreitete zur Klärung dieser Angelegenheit den Vorschlag, beide Anträge in die Fachausschüsse zurückzuverweisen. Er hat den Eindruck, dass es genaue inhaltliche Vorstellungen gibt. Wenn das auf einem anderen Weg noch einmal geklärt werden kann, ist eine Verweisung sinnvoll. Er erinnerte an die damalige Arbeit und Abwicklung des Stadtjugendrings. Seit dem fehlt eine Vertretung für die Kinder und Jugendlichen. Eine Person, die aus der Verwaltung heraus agiert, sei sinnvoller, weshalb das noch einmal diskutiert werden sollte.

Herr Meier stellte den Antrag auf Rückverweisung der unter den Tagesordnungspunkten 7.13 und 7.14 eingeordneten Beschlussvorlagen an den Jugendhilfeausschuss, den Ausschuss für Finanzen und an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm, stellte den Antrag auf Rückverweisung der Beschlussvorlage Nr. 346/2017 des TOP 7.13 zur Abstimmung. Der Antrag wurde mehrheitlich **abgelehnt** (09:28:02).

Der **Beschluss** zur Vorlage wurde mehrheitlich **gefasst**

Beschluss:

1. In der Stadt Dessau-Roßlau wird ein/e ehrenamtliche/r Kinder- und Jugendbeauftragte/r berufen. Der/die ehrenamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte wird organisatorisch der Stabsstelle des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung im Dezernat V zugeordnet.
2. Der Stadtrat bestätigt das anliegende Rahmenkonzept zur Initiierung eines/r ehrenamtlichen kommunalen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Stadt Dessau-Roßlau.
3. Das Dezernat für Gesundheit, Soziales und Bildung wird mit den notwendigen Vorbereitungen beauftragt. Die administrativen Aufgaben des/r Kinder- und Jugendbeauftragte/n werden zusätzlich an die Personalstelle der kommunalen Behindertenbeauftragten angebunden.
4. Der/die Kinder- und Jugendbeauftragte ist öffentlich durch das Haupt- und Personalamt auszuschreiben.
5. Zur Finanzierung des/r kommunalen Kinder- und Jugendbeauftragten sind die notwendigen Finanzmittel bereit zu stellen. Durch das Dezernat für Gesundheit, Soziales und Bildung werden die Mittel ab 2018 für den Haushalt laut Finanzplan angemeldet.
6. Die Hauptsatzung sowie die Satzung des Jugendamtes der Stadt Dessau-Roßlau werden um den/die ehrenamtliche/en kommunale/n Kinder- und Jugendbeauftragte/n entsprechend ergänzt.

Abstimmungsergebnis: 25:06:08

7.14 Bestellung einer/s hauptamtlichen Kinderbeauftragten
Vorlage: FV/011/2017/LBF/GR

Der im Tagesordnungspunkt von Herrn Meier gestellte **Antrag zur Verweisung** der Beschlussvorlage an den Jugendhilfeausschuss, den Ausschuss für Finanzen und an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales wurde mehrheitlich **abgelehnt** (11:27:01).

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zog im Namen seiner Fraktion (als Einreicher) die Vorlage zurück.

- 7.15 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe 2017 zur Finanzierung der Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau**
Deckungskreis 5914 - Leistungen der Jugendhilfe nach dem SGB VIII und KiFöG LSA
Vorlage: BV/390/2017/V-51

Die Beschlussvorlage wurde nach dem Tagesordnungspunkt 7.10 behandelt.

Beschluss:

1. Der überplanmäßige Aufwand für Leistungen zur Finanzierung der Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau in Höhe von insgesamt 593.542,11 € im Deckungskreis 5914 – Zuschüsse für Kindertagesbetreuung wird genehmigt.
2. Der gemäß BV/392/2017/V-DKT ausgewiesene Jahresverlust des Eigenbetriebes De-KiTa 2016 in Höhe von 199.170,97 € wird als außerplanmäßige/r Aufwand/Auszahlung genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

- 7.16 Verbesserung der Grünpflege**
Vorlage: FV/009/2017/LBF/GR

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bemerkte, dass die Stadt Dessau früher einmal die Stadt im Grünen war. Dafür hat sie geworben, jedoch ist diese Zeit vorbei. In den ganzen Jahren war es gelungen, einigermaßen einen Grünbestand zu halten, der überall Anerkennung gefunden hat. Die stadtbildprägenden Grünanlagen und die stadtnahen Parkanlagen waren in einem hervorragenden Zustand. Das ist weitgehend verloren gegangen und zwar vorwiegend deshalb, weil dem Stadtpflegebetrieb für diese Aufgaben zu wenig Budget zur Verfügung steht. Alle Analysen zeigen, dass der Zustand der Stadt an dieser Stelle außerordentlich kritikwürdig ist. So werden Rasenflächen nicht mehr gemäht und Bepflanzungen zum Teil nicht mehr ausreichend gestaltet. Inzwischen rückt das Bauhausjubiläum näher, weshalb man sich zu einer Verbesserung durchringen muss. Deshalb wurde diese Beschlussvorlage eingebracht. Vieles davon wurde seitens der Verwaltung schon aufgegriffen, so dass eine Untersuchung erfolgt. Zusätzlich muss über organisatorische Konsequenzen nachgedacht werden. Deshalb bittet er Herrn Oberbürgermeister Kuras, im Rahmen seiner Organisationshoheit darüber nachzudenken, ob die Defizite, die möglicherweise durch die Auflösung des Grünflächenamtes entstanden sind, noch einmal überprüft werden können. Es wird kein neues Amt gefordert, aber eine Organisationseinheit, die die Auftragsvergabe, die einheitliche Grünplanung u. a. in der Kernverwaltung organisiert.

Er bat um Zustimmung zu diesem Vorschlag. Alle wissen, dass es vom finanziellen Budget abhängt, der im Haushalt für diese Aufgabe freigegeben werden kann. Das wird eine Diskussion für die nächsten Haushaltsberatungen sein, was mit den Analysen, die vorgelegt werden, gemacht werden kann und wofür wir uns entscheiden, ist der zweite Schritt.

Es handelt sich um ein brennendes Thema in der Stadt, welches in der Mitteldeutschen Zeitung in mehrfacher Hinsicht transportiert wurde, führte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aus. Ihr Wunsch wird im Ansatz mit dieser Vorlage erfüllt. Man hatte sich damals bewusst für einen Eigenbetrieb entschieden und ihn in städtischer Hoheit behalten. Das halte er nach wie vor für den richtigen Weg. Es müsse fair miteinander diskutiert werden, wozu wir organisatorisch, personell und finanziell in der Lage sind, um anschließend eine Stadt zu präsentieren, die ihrem Ruf entsprechend würdig ist. Die Fraktion unterstützt diese Vorlage.

Frau Storz, 2. Stellv. Vorsitzende des Stadtrates und Mitglied der SPD-Fraktion, verwies auf ihre Anwesenheit in der Betriebsausschusssitzung als Herr Schlecht-Pesé diese Vorlage vorstellte und sie auch interessiert die Ausführungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes verfolgen konnte. Da die Ausführungen deckungsgleich waren, kann die Vorlage guten Gewissens unterstützt werden, denn der Eigenbetrieb ist bereits auf einem sehr guten Weg. Sie haben computergestützt die Anlagen- und Pflegeflächen der Stadt erfasst, sie organisieren ihre Arbeit jetzt ganz gezielt mit optimierten Plänen und sie haben zusätzliches Personal. Mit dem Ausweis von innerstädtischen Vorzugsflächen, insbesondere für das 2019 stattfindende Bauhausjubiläum rund um den Bahnhof und um das neue Museum,, wurde ein Plan entwickelt, der versprechen lässt, dass es besser wird und in der Innenstadt mit Stolz Gäste empfangen werden können. Wahrscheinlich wird das in den Außenbezirken nicht sehr gut laufen, jedoch hofft sie auf zusätzliche Gemeindearbeiter, die vielleicht durch das Referat für Ortschaften geleitet werden können. Frau Storz sprach Frau Moritz und ihren Mitarbeiter ihren Dank aus, da sie den Eindruck hat, dass das gut wird.

Beschluss:

1. Die im Konsolidierungsprogramm vorgesehene Kürzung der Ausgaben des Stadtpflegebetriebes in Höhe von 50.000,00 Euro wird gestrichen.
2. Für etwaige Sturmereignisse, wie im Oktober 2017, werden dem Stadtpflegebetrieb weitere 50.000,00 Euro als freie Reserve zur Verfügung gestellt, damit der Betrieb bei solchen Arbeitsspitzen auch Aufträge für die sonstigen Grünpflegearbeiten an private Betriebe auslagern kann, um Gefahrenabwehr und sonstige Pflichtaufgaben zu gewährleisten.
3. Das Amt für Stadtfinanzen wird in Zusammenarbeit mit dem Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt und dem Stadtpflegebetrieb beauftragt, Kostenanalysen zu erstellen, um zukünftig die umfassende und stadtbildverträgliche Gestaltung und Pflege der Grünanlagen abschätzen und gewährleisten zu können.
4. Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, ob eine andere Organisationslösung für die Beförderung dieses Anliegens sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

**7.17 1. Änderung der Grünflächensatzung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/343/2017/II-EB**

Frau Benckenstein, Freie Fraktion, legte dar, dass es als Gewerbetreibende in der Stadt schwierig ist Grünflächen zu nutzen, weil diese sehr teuer sind. Wenn sie Grünflächen vor ihrem Laden nutzen möchte, muss sie eine Sondergenehmigung beantragen, welche pro Tag sehr viel Geld kostet. Das betrifft nicht nur sie, sondern auch die anderen Händler in der Straße oder vor anderen Grünflächen. Deshalb sollten Sonderregelungen geschaffen werden, damit die Stadt besser belebt werden kann, denn es bringt der Stadt mehr, wenn man sich auf der Grünfläche vor seinem Laden weiter ausbreiten kann, ohne hohe Gebühren zahlen zu müssen. Deshalb kann sie der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Beschluss:

Der 1. Änderung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünflächen in der Stadt Dessau-Roßlau (Grünflächensatzung) gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 34:03:02

**7.18 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von
302.512,79 EUR für das Mobiliar in der Grundschule „Friederikenstraße“
im Jahr 2014
Vorlage: BV/374/2017/II-20**

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erläuterte, dass es sich bei der Vorlage ausschließlich um einen buchhalterischen Umstand handelt. Die Investition ist erst später in Betrieb gegangen und wir synchronisieren jetzt nur den Termin der Inbetriebnahme und den Aktivierungstermin, was eine Umbuchung von zwei Konten bedeutet.

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 302.512,79 EUR für das Mobiliar der Grundschule „Friederikenstraße“ im Jahr 2014 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 38:01:00

**7.19 Auflösung der Elfriede-Kolbe-Stiftung
Vorlage: BV/395/2017/II-20BTM**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau nimmt den Beschluss des Stiftungsrates der Elfriede-Kolbe-Stiftung vom 15.06.2017 zur Kenntnis und stimmt der Auflösung zu.

Das Stiftungskapital ist der Grundschule Meinsdorf bis zur vollständigen Verwendung entsprechend dem Willen der Stifterin zweckgebunden zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

**7.20 Risikoanalyse mit Brandschutzbedarfsplan der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/278/2017/II-37**

Beschluss:

Die überarbeitete Risikoanalyse mit Brandschutzbedarfsplan (Risikoanalyse) der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

**7.21 Maßnahmeschluss zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges
LF 20 für die Freiwillige Feuerwehr Roßlau
Vorlage: BV/313/2017/II-37**

Beschluss:

Der Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges LF 20 für die Freiwillige Feuerwehr Roßlau wird beschlossen.

Die Beschaffung erfolgt 2018 über eine Verpflichtungsermächtigung 2017.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

**7.22 Neuordnung der Kunstobjekte (Skulpturen und Plastiken) im Stadtpark sowie entlang der Kavallerstraße in Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/345/2017/III-61**

Da das OdF-Denkmal als Deckungsquelle für auszulösende Vorgänge in der Beschlussvorlage erscheint, bittet er um entsprechende Erläuterungen, brachte

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, zum Ausdruck.

Herr Schmieder, Abteilungsleiter Stadtentwicklung und Förderung, erwiderte, dass in dieser Beschlussvorlage Arbeitsrichtungen enthalten sind und es sind Maßnahmen, die in laufenden Investitionsprodukten enthalten sind. Für das OdF-Denkmal gibt es ein eigenes Produktkonto, in dem diese Mittel mit enthalten sind. Es ist nur die Aussage, dass das im Haushalt Bestandteil ist.

Er ist dankbar, dass es nach fast vier Jahren möglich ist, ein solches Projekt im Detailbereich Kavallerstraße/Stadtpark umzusetzen, erklärte **Herr Schönemann**. Er wünscht sich für die gesamte Stadt und deren Quartiere, dass mit der Kunst im öffentlichen Raum etwas konstruktiver und damit zukunftsorientierter umgegangen wird. Er bat darum, die Erläuterungen nachzuliefern, da die Gefahr bestand, dass jetzt eine Finanzierung vorgezogen wird, die dann bei der Realisierung des Vorhabens OdF fehlt.

Herr Schmieder legte dar, dass die Finanzierung im Produktkonto enthalten ist. Der Minister hat heute in einem der Bewilligungsbescheide die dazugehörige Finanzierung übergeben.

Beschluss:

Die in Anlage 3 vorgeschlagenen Arbeitsrichtungen zum Umgang mit den einzelnen Kunstobjekten werden unter dem Vorbehalt der Finanzierung bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:02

7.23 Erschließungsvertrag zum Bebauungsplan 219 - Luchplatz
Vorlage: BV/415/2017/III-66

Beschluss:

Der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf des Erschließungsvertrages zum Bebauungsplan Nr. 219 „Luchplatz“ wird gebilligt. Der Vertrag wird zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.24 Bebauungsplan Nr. 219 "Luchplatz" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/408/2017/III-61

In Vertretung der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt verwies **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, auf eine redaktionelle Änderung, die sich

in der Festsetzung Nr. 5 etabliert. Diese Information wurde den Stadträten im Vorfeld der Sitzung übergeben.

Beschluss:

1. Der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf des städtebaulichen Vertrages wird gebilligt und zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.
2. Die während der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 und § 4 BauGB zum 2. Entwurf des Bebauungsplans Nr. 219 „Luchplatz“ vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 3 zu dieser Beschlussvorlage angegeben ist. Diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, sind vom Ergebnis der Beschlussfassung zu unterrichten.
3. Der in der Anlage 4 beigefügte Bebauungsplan Nr. 219 „Luchplatz“ in der Fassung vom 24. Oktober 2017 wird als Satzung beschlossen. Die dazugehörige und in Anlage 5 beigefügte Begründung mit Anhängen und Anlagen (Anlagen 4 bis 10) wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 34:00:05

7.25 Bebauungsplan Nr. 125 "Große Lobenbreite" - 1. Änderung und Ergänzung - Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/403/2017/III-61

Beschluss:

1. Die während der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 und § 4 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 125 „Große Lobenbreite“ - 1. Änderung und Ergänzung vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage angegeben ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 125 „Große Lobenbreite“ - 1. Änderung und Ergänzung in der Fassung vom 20. Oktober 2017 (Anlage 3) bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 4) wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 38:00:01

- 7.26 Erschließungsvertrag zum Bebauungsplan 125 - Große Lobenbreite
Nachtrag zum Vertrag vom 25.02.2016
Vorlage: BV/425/2017/III-66**

Beschluss:

Der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf des Nachtrages zum Erschließungsvertrag zum Bebauungsplan Nr. 125 „Große Lobenbreite“ wird gebilligt. Der Vertrag wird zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

- 7.27 Aufbauhilfe Hochwasser 2013
Wiederherstellung der Sportanlage Seesportverein Dessau e. V., Le-
opoldshafen 4,
06846 Dessau
Vorlage: BV/377/2017/III-65**

Beschluss:

Die Baumaßnahme „Wiederherstellung der Sportanlage Seesportverein Dessau e. V.“ wird mit einem Wertumfang von 771.831,41 € beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

- 7.28 Namensgebung für den Ersatzneubau Schwimmhalle
Vorlage: BV/373/2017/IV-52**

Beschluss:

Die Namensgebung „Sportbad Dessau“ für den Ersatzneubau der Schwimmhalle wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:01

**7.29 Touristische Geländeerschließung im Umfeld der Bauhausbauten/Historisches Arbeitsamt
Vorlage: BV/382/2017/IV-80**

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt der Vorlage mit 06:02:00 zugestimmt haben.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, dass die vorgelegte Beschlussvorlage nicht beschlussfähig ist, auch wenn es nur eine Absichtserklärung und kein Maßnahmenbeschluss ist (wie in der Sitzung des Bauausschusses erklärt). In zwei Sitzungen des Bauausschusses wurde ausgeführt, dass jetzt nur ein Wettbewerb gemacht wird und erst nach 2019 die ganze Realisierung, evtl. eine Teilrealisierung vorher. Das ist aber nicht Bestandteil der vorliegenden Beschlussvorlage. Um der Beschlussvorlage noch zustimmen zu können, stellte er den **Antrag, die Beschlusspunkte 2 und 3 wie folgt zu ändern:**

Im Punkt 2 ist zu streichen: „Um eine Fertigstellung zum Bauhausjubiläum im Jahr 2019 zu gewährleisten“.

Im Punkt 3 ist nach dem 1. Satz zu ergänzen: „Da Teilleistungen auch nach 2019 realisiert werden sollen, sind die Mittel entsprechend in die Folgejahre zu übertragen“.

Aufgrund der Anmerkung von **Herrn Otto**, dass die Beschlussvorlage auch eine 90 %ige Förderung beinhaltet, Frau Nußbeck aber gesagt hat, dass bei den Maßnahmen mit 80 % gerechnet wurde, stellte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** richtig, dass die Maßnahmen im Investitionshaushalt über GRW geplant sind und eine 90 %ige Förderung haben und die Projekte im Ergebnisplan wurden mit 80 % geplant, was aber nicht GRW ist.

Man war sich in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt einig, dass es in Vorbereitung des Bauhaus-Jubiläums an Dynamik mangelt, schilderte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Herr Otto habe einen dienlichen Kompromiss vorgebracht, der den Vorteil hat, dass die Dynamik des Jubiläums über das Jahr 2019 hinaus fortbesteht.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, wies daraufhin, dass mit der Vorlage auch finanzielle Auswirkungen beschlossen werden. Das in der Anlage 3 abgebildete Ausmaß des Gestaltungsvorschlages ist für 500.000 Euro nicht realisierbar. Mit dem Beschluss wird nur ein Teil dessen beschlossen, in erster Linie wird der Sperrvermerk aufgehoben. Wenn der Gesamtrealisierungsvorschlag gemäß Anlage 3 auch in den nächsten Jahren umgesetzt werden soll, wird ein Gesamtfinanzierungsvolumen von 2,4 Mio. Euro benötigt.

Herr Trocha, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, fragte, was innerhalb der verbleibenden drei Wochen mit der für 2017 vorgesehenen Finanzierung i. H. v. 59.000 Euro geschehen soll.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erwiderte, dass es sich hierbei um einen Auftrag für die Planung handelt. Der könne nur ausgelöst werden, wenn die Mittel dazu bereitgestellt wurden.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, ergänzte, dass durch die Aufhebung des Sperrvermerkes mit der Planungsleistung begonnen werden kann. Die finanziellen Auswirkungen sind erst sichtbar, wenn sowohl die Planung als auch der Maßnahmebeschluss erfolgt sind.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, kritisierte, dass Beschlussvorlagen nicht so geschrieben werden, dass sie jeder Stadtrat verstehen kann. Die 2,5 Mio. Euro Gesamtkosten sind in der Vorlage nicht zu finden. Zudem stehe geschrieben, dass die Maßnahme bis zum Jubiläum 2019 fertig gestellt sein soll – das sei gar nicht gewollt, nur das nahe Umfeld soll realisiert werden. Er habe lediglich versucht, den Beschlussvorschlag zustimmungsfähig zu formulieren. D. h. die Fertigstellung bis 2019 wird gestrichen und übrig gebliebene Maßnahmen oder Mittel werden auf die Folgejahre übertragen.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck stellte klar, dass das LAGA-Projekt für das Umfeld des Historischen Arbeitsamtes einst ein Kostenvolumen von 2,4 Mio. Euro hatte. Die Maßnahmen waren alle mit einem Sperrvermerk versehen und hingen vom Zuschlag zur LAGA ab. Den hat die Stadt nicht erhalten, demnach sind alle Maßnahmen gesperrt. Nun hat man sich überlegt, einen Teil der großen Maßnahme zur LAGA für das Bauhaus-Jubiläum 2019 zu realisieren, d. h. die Außenanlagen zu verschönern, sodass der Blick auf das Gebäude frei ist und eine Illumination von außen stattfinden kann. Das ist der Teil, der in den 500.000 Euro enthalten ist. Ziel war es, dies vor dem Jubiläum fertigzustellen, wodurch Eile geboten war und sofort mit der Planung begonnen werden müsste. Herr Otto hingegen spreche von der großen Maßnahme – diese wäre jedoch ein zweiter Schritt, der völlig unabhängig von der vorliegenden Maßnahme ist. Im Ergebnis der Arbeitsgruppensitzung war die Stiftung Bauhaus für eine weiter angelegte Maßnahme. Dann empfiehlt es sich jedoch, zwei Projekte daraus zu machen. So müsse überlegt werden, ob die vorliegende Maßnahme in Vorbereitung auf das Jubiläum gewollt ist. Für die große Maßnahme bräuchten nicht in letzter Minute Mittel freigegeben werden und dann stimme die vorliegende Finanzierung tatsächlich nicht. Diese Vorlage ziele gar nicht darauf ab.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erinnerte daran, dass bereits bei der Beschlussfassung des Tourismuskonzeptes eine größere gestalterische Maßnahme im Umfeld des Historischen Arbeitsamtes beabsichtigt wurde. Es ist kein Projekt, das erstmals mit der LAGA bedacht worden ist. Das Vorhaben wurde dann einmal reduziert, mit der Begründung, dass es bis 2019 in der größeren Form nicht mehr umsetzbar ist. Bei einer Beratung des Baudezernates mit der Stiftung Bauhaus wurde konstatiert, dass der Bereich städtebaulich so interessant und bedeutsam ist, dass man doch den größeren gestalterischen Umfang umsetzen sollte, jedoch über 2019 hinaus. Dabei würden 2,4 Mio. Euro benötigt. Rein theoretisch kann man es in einzelnen Bauabschnitten realisieren, dann müsste es im Maßnahmebeschluss entsprechend ausgestaltet werden. 2019 wird demnach ein kleinerer Bauabschnitt umgesetzt. Voraussetzung ist, einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen – so habe es die Stiftung Bauhaus mit der Bauverwaltung bespro-

chen. In Hinblick auf 2019 ist das machbar, gleichzeitig aber auch kostenintensiver. Unschädlich ist, die Mittel heute freizugeben.

Erst mit der Freigabe der Mittel kann in die detailliertere Planung eingestiegen werden. Es wird dann ein Maßnahmebeschluss vorgelegt, der die gesamten finanziellen Auswirkungen beinhaltet. Die heute vorliegende Beschlussvorlage enthält eine Teilmaßnahme, die dann mit einer separaten Beschlussvorlage aktualisiert werden würde.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bemerkte, dass die Vorlage entgegen des Hinweises von Frau Nußbeck auf eine Teilmaßnahme, das Gesamtprojekt beinhaltet. Die Gesamtkosten hat Herr Dr. Reck ins Spiel gebracht, nicht er selbst. In der Diskussion mit der Stiftung Bauhaus war auch von dem gesamten Entwurf die Rede. Normalerweise ist man mittels eines Einladungswettbewerbes in der Lage, im ersten Quartal ein Ergebnis für die Gesamtfläche zu erreichen. Es gibt kaum Freiheitsgrade, ringsum stehen Gebäude und Straßen, die nicht zu verändern sind. Nur ein kleiner Teil kann gestaltet werden. Innerhalb eines Viertel Jahres kann ein Entwurf vorgelegt und in die Umsetzung gegeben werden. Damit keine europaweite Ausschreibung durchgeführt werden muss, kann die Maßnahme in Teilbereichen umgesetzt werden, so dass man bis zu Jubiläum fertig ist. Was nicht geschafft wird, könne dann ins nächste Jahr übertragen werden. Sein Antrag beinhaltet, dass die Vorlage zurückgezogen und neu verfasst wird, damit jeder weiß, was beschlossen werden sollt.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, unterbreitete den Vorschlag, die Beschlusspunkte, mit Ausnahme der Freigabe der Planungsmittel aus dem Sperrvermerk, herauszunehmen. Dann könne die Vorlage mit den Planungsmitteln qualifiziert werden.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, dass Herr Otto demnach seinen Änderungsantrag zurückzieht.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erklärte sich damit einverstanden, nur den letzten Satz des Beschlussvorschlages zur Abstimmung zur bringen. Dieser wurde von **Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, verlesen und zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Für die Maßnahme „Touristische Geländeerschließung im Umfeld der Bauhausbauten/Historisches Arbeitsamt“ erfolgt die Freigabe in Höhe Von 59.000 € für Planungskosten durch Löschung des Sperrvermerks (LAGA) für das Haushaltsjahr 2017.

Abstimmungsergebnis: 37:00:02

7.30 Bestellung eines Mitgliedes und eines Vertreters in den Umlegungsausschuss der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: FV/014/2017/CDU

Die Fraktion ist der Auffassung, dass eine getrennte Abstimmung nötig ist, d. h. zuerst muss die Abberufung erfolgen und dann die Berufung, erklärte **Herr Schöne-
mann, Fraktion Die Linke**.

Dem **Antrag** auf getrennte Abstimmung wurde mehrheitlich **zugestimmt** (27:04:08).

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Abberufung von Herrn Jörg Schwabe als Mitglied des Umlegungsausschusses der Stadt Dessau-Roßlau.
2. Der Stadtrat bestellt Herrn Roland Gebhardt als Mitglied im Umlegungs- ausschuss der Stadt Dessau-Roßlau und Herrn Eiko Adamek als stellvertretendes Mitglied im Umlegungsausschuss der Stadt Dessau-Roßlau.

Abstimmungsergebnis:

1. Beschlussvorschlag: 39:00:00

2. Beschlussvorschlag: 39:00:00

7.31 Entsendung eines Mitgliedes in den Verwaltungsrat der WBD Indust- riepark Dessau GmbH Vorlage: FV/015/2017/CDU

Auf Nachfrage des **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Ehm**, wurde einer getrennten Ab-
stimmung der Beschlusspunkte mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss:

3. Der Stadtrat beschließt die Abberufung von Herrn Stadtrat Jörg Schwabe als Mitglied im Verwaltungsrat der WBD Industriepark Dessau GmbH.
4. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Eiko Adamek in den Verwaltungsrat der WBD Industriepark Dessau GmbH.

Abstimmungsergebnis:

1. Beschlussvorschlag: 39:00:00

2. Beschlussvorschlag: 39:00:00

Anschließend stellte **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** die Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm schloss die Sitzung um 20:08 Uhr.

Dessau-Roßlau, 14.04.18

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schritfführer